Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

7. Sitzung 2014

vom Montag, 20. Oktober 2014, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin

Anwesend

50 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber
Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften
Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen
Matthias Mundwiler, Controller
Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege
Kurt Schneider, Leiter Sektion Stadtentwicklung
Dr. Marco Salvini, Projektleiter Stadtentwicklung
Markus Fontana, Leiter Abteilung Alter

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

--

T r a k t a n d e n

		Seite
1.	Mitteilungen	230
2.	Anfragen	
	2.1 Gérald Berthet: Luftqualitäts- / Verkehrs-Lärm-Messungen in der Stadt Aarau	231
	2.2 Irene Bugmann Oelhafen: Sicherheit an der Aare	234
3.	Budget 2015 und Politikplan 2014 - 2019	236

Traktandum 1

66. Mitteilungen

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur 7. Einwohnerratssitzung dieser Legislatur. Das Haupttraktandum des heutigen Abends wird das Budget und der Politikplan sein. Es liegen dazu sehr viele Abänderungsanträge vor. Es wird voraussichtlich auch viele Voten geben. Deshalb bitte ich um kurze, komprimierte Voten. Falls wir mit der Budgetberatung nicht bis um 23 Uhr fertig sind, würde ich mir vorbehalten, Ihnen vorzuschlagen, die beiden verbleibenden Traktanden auf die Sitzung vom 10. November 2014 zu verschieben. Zur Traktandenliste liegen keine Bemerkungen vor. Als Information: Am 26. Oktober 2015 wird ein Parlamentariertreffen stattfinden, bei welchem auch Exekutivmitglieder teilnehmen werden. Dabei geht es um die Zusammenarbeit AareLand, also die Zusammenarbeit mit Zofingen und Olten. Das Parlamentariertreffen wird in Zofingen stattfinden. Sie können sich dieses Datum also bereits heute eintragen. Eine Vorankündigung mit der genauen Zeitangabe werden Sie ebenfalls noch erhalten.

Die **Präsidentin** gibt bekannt, dass keine Entschuldigungen vorliegen.

67. Anfrage Gérald Berthet: Luftqualitäts- / Verkehrs-Lärm-Messungen in der Stadt Aarau

Am 12. August 2014 hat Einwohnerrat **Gérald Berthet** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Hat der Stadtrat Kenntnis davon und ist er interessiert, diese Ergebnisse respektive den Schlussbericht zu sichten?*

2. *Kann sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass diese Ergebnisse veröffentlicht werden?*

3. *Am Graben Aarau wird der Jahresmittel-Grenzwert für NO_2 seit Jahren überschritten. Was gedenkt der Stadtrat dagegen zu unternehmen?*

4. *Kann sich der Stadtrat vorstellen, eigene langfristige Messungen auf dem Stadtgebiet wieder durchzuführen (z.B. mit kostengünstigeren Passivsammlern), um die Belastung der Bevölkerung zu erfassen und allfällige Massnahmen einzuleiten?*

5. *Hat der Stadtrat Kenntnis von den ebenfalls in letzter Zeit durchgeführten Lärmmessungen? Wie sind die Ergebnisse daraus? Ergeben sich für den Stadtrat notwendige Massnahmen?*

Werner Schib, Stadtrat: Ich komme gleich zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Fragen 1 und 2: Die von der Abteilung Umwelt, Luft und Lärm des kantonalen Departements Bau Verkehr und Umwelt durchgeführten Messungen stützen sich auf die Luftreinhalte-Verordnung. Diese verlangt, dass die Kantone den Stand und die Entwicklung der Luftverunreinigung überwachen. Das Departement für Bau, Verkehr und Umwelt betreibt zu diesem Zweck ein Immissionsmessnetz mit drei automatischen Messstationen im Kanton Aargau. Die nächste Messstation dieses Netzes zum Gemeindegebiet der Stadt Aarau liegt in Suhr. Die Messergebnisse werden zusammen mit den Nordwestschweizer Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn auf einer gemeinsamen Internetplattform "www.luft-ag.ch" publiziert und im "Jahresbericht Luft" veröffentlicht. So können sich Gemeinden, Verbände und Private über die aktuelle Luftbelastung im Kanton Aargau informieren. Der Messstandort am Aarauer Graben, welcher zum kantonalen Luftmessnetz gehört, besteht aus einem Passivsammler und bietet eine einfache Möglichkeit, die Luftqualität über einen längeren Zeitraum auf Schadstoffe, wie NO_2, zu untersuchen. Die Werte zur Luftbelastung mit Passivsammlern beziehen sich auf das Jahresmittel. Für den Passivsammler am Graben liegt der Durchschnitt für 2013 vor. Der Kanton publiziert die Ergebnisse einmal jährlich auf der Kantonswebsite. Der Messstandort an der Küttigerstrasse ist Teil eines Monitorings der neuen Staffeleggstrasse mittels Passivsammlern. Dieses Monitoring wurde in den Jahren 2000, 2007 und 2013 durchgeführt. Der entsprechende Bericht mit den Messresultaten, sowie ein Ergänzungskurzbericht für die Stadt Aarau, sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Dieses Projekt wird

voraussichtlich im Herbst 2014 finalisiert und anschliessend auf der Webseite des Kantons veröffentlicht.

Frage 3: Für die Messung der Luftbelastung sowie für die Massnahmen zu deren Reduktion liegt die übergeordnete Verantwortung beim Kanton. Trotzdem trifft die Stadt Aarau auch ihrerseits zahlreiche Massnahmen, um u.a. die Luftbelastung zu reduzieren. Dies tut sie im Rahmen der Energiestadt: Seit 2005 trägt Aarau das Label Energiestadt. Das Label ist ein Markenzeichen für eine konsequente, ergebnisorientierte Energiepolitik. Die sparsame Nutzung von Energie, der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energieträgern und die Förderung umweltfreundlicher Mobilitätsformen stehen dabei im Zentrum. Massnahmen und Ziele der Energiestadt Aarau, die zur Verbesserung der Luftqualität beitragen, sind unter anderem: die Gestaltung nachhaltiger Verkehrslösungen mit der Förderung von Langsamverkehr und der Verkehrsbefreiung der Altstadt; die schrittweise Umsetzung der Verkehrsberuhigung in allen Quartieren und einer Umgestaltung der Quartierstrassen – die flächendeckende Tempo 30 Zone in allen Wohnquartieren wurde bereits umgesetzt und trägt zur Luft- und Lärmemissionsreduktion bei; zukunftsorientiertes und nachhaltiges stadteigenes Bauen aufgrund langfristiger Planung. Weiter macht die Stadt Aarau Reduktionen der Luftbelastung im Rahmen der Umsetzung des ESAK-Gegenvorschlags: Im März 2012 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Aarau einer Änderung der Gemeindeordnung zugestimmt. Der neue "Nachhaltigkeitsartikel" verpflichtet Politik und Verwaltung der Stadt, sich für eine nachhaltige städtische Energie- und Klimapolitik einzusetzen. Im Aktionsplan 2016-2022 sind Massnahmen aufgeführt, die zur Umsetzung des ESAK-Gegenvorschlages geplant sind. Dabei sind diverse Massnahmen im Bereich der nachhaltigen Mobilität geplant, wie dem Bericht entnommen werden kann, der in den nächsten Tagen in die öffentliche Vernehmlassung geht. Am 4. November 2014 findet um 18.30 Uhr eine öffentliche Informationsveranstaltung zu diesem Aktionsplan statt. Daran schliesst eine sechswöchige Vernehmlassungszeit an. Weiter möchte ich den Verkehrsrichtplan erwähnen, welcher die Grundlage für die städtische Verkehrspolitik bildet. Die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und die Verdichtung des öV-Netzes sollen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr bieten und somit zu einer Verbesserung der Luftqualität beitragen. Massnahmen auf verschiedenen Ebenen sind dabei notwendig, so z.B. attraktive und sichere Fussweg- und Veloverbindungen, ein attraktives und leistungsfähiges öV-Netz, ein stadtverträgliches und funktionsfähiges System für den motorisierten Individualverkehr sowie ein optimales Umfeld, d.h. ein gut gestalteter öffentlicher Raum, welcher die Anliegen von Menschen mit Behinderung berücksichtigt und die Ziele durch ein aktives Mobilitätsmanagement unterstützt.

Frage 4: Die Stadt führt bereits Langzeitmessungen der NO_2-Belastung an vier Standorten auf dem Stadtgebiet (Ziegelrain, Bahnhofstrasse, Kreuzplatz, Mühlemattstrasse) mittels Passivsammlern durch. Im Umweltbericht 3 der Stadt Aarau sind die Ergebnisse beschrieben. Ein nächster Umweltbericht (Nummer 4) ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich im Herbst 2015 publiziert.

Frage 5: Für die Lärmsanierung an den Kantonsstrassen ist der Kanton zuständig und für die Gemeindestrassen die Gemeinde. Der Kanton unterstützt die Gemeinden bei der Abklärung, ob ein Sanierungsbedarf bei einzelnen Gemeindestrassen besteht. Die Stadt beteiligt sich mit einem Beitrag von 4'161'000 Franken bis im Jahr 2018 an den Lärmschutzmassnahmen an den Kantonsstrassen auf Stadtgebiet. Die Beteiligung wurde per Dekret der Stadt zugewiesen und ist im Politikplan 2014 - 2018 auch so aufgenommen worden. Anhand eines kantonalen Verkehrsmodells wurden der Verkehr und damit die Lärmbelastung sämtlicher Gemein-

destrassen in der Stadt abgeschätzt. Diese Abschätzungen werden momentan in Zusammenarbeit mit der Stadt verfeinert und auf ihre Plausibilität überprüft. Lärmsanierungsprojekte an Gemeindestrassen sind in Aarau höchstens vereinzelt nötig. Sie werden periodisch geprüft.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

68. Anfrage Irene Bugmann Oelhafen: Sicherheit an der Aare

Am 14. August 2014 hat Einwohnerrätin **Irene Bugmann Oelhafen** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Fragestellung eingereicht:

1. *Erachtet der Stadtrat die vorhandene Signalisation als ausreichend in Anbetracht der naheliegenden zwei Wehre des Rüchligkraftwerks und der unterschiedlich starken Strömung und Wirbel?*

2. *Hat sich der Stadtrat Gedanken gemacht zu möglichen Rettungsinstrumenten wie Schwimmring und Rettungsstange an der Zurlindenbrücke und entlang der Aare?*

3. *Hat sich der Stadtrat Gedanken über eine Sicherheitskampagne gemacht, wie diese in Bern (Aaresicherheit: Aare you safe?) momentan läuft?*

4. *Wie beurteilt der Stadtrat die Kampagne des Kantons zur Schwimmsicherheit "Keine Haie in unseren Flüssen"? An welchen Standorten in Aarau stehen die Plakate?*

Regina Jäggi, Stadträtin: Zuerst ganz allgemein: Die Nutzung der öffentlichen Gewässer und die Inanspruchnahme der Oberflächengewässer stehen jeder und jedem in dem Ausmass zu, wie andere Personen in ihrer Nutzung nicht eingeschränkt werden. Die Nutzung von öffentlichen Gewässern oder von ihrem Gebiet bedarf erst dann eines Nutzungsrechts, wenn sie den Gemeingebrauch übersteigt. Die Nutzung und die damit verbundene eigene Sicherheit liegen bis heute bei der Person selbst, welche sich ins Gewässer begibt. Es gibt hierzu keine rechtliche Vorgabe, welche eine Regelung dieses Bereichs durch die öffentliche Hand vorschreibt. Ebenfalls haben die beiden Flusskraftwerke auf dem Gebiet der Stadt Aarau keine diesbezüglichen Auflagen in ihren Nutzungskonzessionen, welche sie zum Beispiel dazu verpflichten, entsprechende Markierungen und Hinweise für Badende und Schwimmende anzubringen. Ich komme nun gerne zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Frage1: Entsprechende Vorschriften, welche die Stadt Aarau generell oder die Kraftwerkbetreiber gestützt auf die Nutzungskonzession konkret hierzu verpflichten würden, sind nicht bekannt. Es sind keine Signalisationen oder Beschriftungen vorhanden, welche direkt oder indirekt auf die Gefahren der privaten Inanspruchnahme der Gewässer zum Baden und Schwimmen Einfluss nehmen und auf eben diese hinweisen. Selbstverständlich ist es immer auch Ansichtssache, welche Warnungen bei möglichen Gefahren ausreichend sind oder nicht, nicht nur am und im Wasser, sondern auch andernorts, z. B. in den Bergen. Mit dem heutigen Wissen ist der Stadtrat der Meinung, dass der Sache in Aarau Genüge getan ist.

Frage 2: Antwort: Der Stadtrat hat sich bis zur vorliegenden Anfrage nicht konkret und spezifisch mit dieser Thematik befasst. Er hat sich jedoch beim Kanton und auch bei den Kraftwerkbetreibern betreffend die gültigen rechtlichen Vorgaben und eigenen Erfahrungen zwischenzeitlich erkundigt. Die Kraftwerke haben in ihren Wehrbereichen entsprechende Rettungsringe angebracht, welche für die Notfallnutzung zugänglich sind. Das gegen Vandalismus gesicherte Anbringen von Rettungsgeräten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Gesicherte

Geräte sind nicht einsetzbar und ungesicherte Geräte werden erfahrungsgemäss leider immer wieder unbrauchbar gemacht. Betreffend Rettungsgeräte sei als Beispiel hier erwähnt, wie es in den letzten Jahren gelaufen ist. Dazu dient hier die Situation beim Wehr des Kraftwerks der IBAarau, in der Nähe des "Entennest" auf dem Gebiet der Gemeinde Schönenwerd/SO, wo seit Jahren der vorgesehene Rettungsring bewusst nicht mehr angebracht wird, weil dieser mehrfach aus Unfug in die Aare oder den Oberwasserkanal geworfen wurde. Mithin sind es leider genau solche ungeschickten Handlungen, welche ein sinnvolles Anbringen von Rettungsgeräten behindern und schlussendlich verunmöglichen, obwohl der Wille an sich vorhanden wäre. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Nutzung von öffentlichen Gewässern, somit auch der Aare, und die damit verbundene eigene Sicherheit und Verantwortung in erster Linie bei der Person selbst liegen soll, welche sich ins Wasser begibt. Er ist auch ganz klar der Meinung, dass die persönliche Verantwortung nicht einfach an die Öffentlichkeit delegiert werden kann und dass es eine Grundvoraussetzung darstellt, dass, wer sich in ein Fliessgewässer begibt, bereits schwimmen kann und sich selbst über die Gefahren und Anforderungen am Wasser ins Bild setzt. Zudem existiert keine rechtlich bindende Vorgabe, welche eine Regelung dieses Bereichs durch die öffentliche Hand vorschreibt.

Frage 3: Der Stadtrat kennt die Sicherheitskampagne "AARE YOU SAFE" der Stadt Bern, der Schweizerischen Lebensrettungsgesellschaft SLRG und von Bern Tourismus sowie der Co-Partner Gemeinde Muri/BE und einer Privatperson, in welcher die Fluss- und Baderegeln plakativ dargestellt und entsprechende Verhaltensregeln bildlich kommuniziert werden. Dazu wurde auch ein Schwimmsack entworfen, welcher für 29 Franken an verschiedenen Standorten gekauft werden kann. Der Stadtrat ist bis heute der Ansicht, dass es nicht seine Aufgabe sein kann, in ähnlicher Weise tätig zu werden und eine dementsprechende Kampagne auch in Aarau durchzuführen.

Frage 4: Der Stadtrat beurteilt die gemeinsame Sicherheitskampagne "Keine Haie in unseren Flüssen" der Kantone der Ost-, Zentral- und Nordwestschweiz, welche vom 24. Juni bis Ende September 2014 dauerte, grundsätzlich positiv. Die Kampagne wird vom Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau BVU federführend, der Kantonspolizei Aargau, den Polizeikorps der Städte Zürich und Winterthur, den Schifffahrtsämtern Zürich und St. Gallen sowie der Schweizerischen Lebensrettungsgesellschaft SLRG getragen und unterstützt. Die Stadt Aarau wurde betreffend dieser Kampagne im Voraus nicht kontaktiert. Eine gewünschte Beteiligung erfolgte, indem die Projektleiterin beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt der Stadt Aarau, Stadtbauamt, Sektion Tiefbau, insgesamt 15 Plakate zustellte. Diese Plakate wurden dann an verschiedenen Standorten angebracht, so auch im Aareraum. Die genauen Standorte sind in Aarau: Schwimmbad Schachen, Parkplatz Flösserplatz, aarau info, Rathaus Pausenraum Mitarbeiter, Ziegelrain, Stadtpolizei (dieses Plakat musste mehrmals angebracht werden, weil es immer wieder durch Drittpersonen zerrissen worden ist), Naturama und Einkaufszentrum Telli. In Aarau Rohr sind die Standorte bei den Bushaltestellen Quellhölzli und Gemeindehaus. Zudem befindet sich ein Plakat bei der alten Badeanstalt zwischen der Erlinsbacherstrasse und dem Kanalweg Nord im Schaukasten des Vereins "Kanu World Aarau".

Die **Anfragestellerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

69. Budget 2015 und Politikplan 2014 - 2019

Mit Botschaft vom 1. September 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft folgende

Anträge:

1. *Das Budget 2015 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit den Globalaufträgen der Produktegruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen.*

2. *Es sei die Produktegruppe 42 in "KJFI - Kind, Jugend, Familie, Integration" umzubenennen unter gleichzeitiger entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

3. *Der Einwohnerrat möge vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2014 - 2019 Kenntnis nehmen.*

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Zum ersten Mal hat der Stadtrat das Budget zusammen mit dem Politikplan vorgelegt. Bei diesem Geschäft liegen diverse Abänderungsanträge vor. Ich schlage für die Beratung folgenden Ablauf vor: Nach dem Kommissionsreferat der FGPK wird die Globaldebatte zum Budget und dem Politikplan stattfinden. Nachher kommen wir zur Detaildebatte. Danach werden wir das vorliegende Dokument Seite für Seite durchgehen. Dabei werden wir in den entsprechenden Produktegruppen gleich direkt über die entsprechenden Abänderungsanträge abstimmen. Nach den einzelnen Produktegruppen kommt die Behandlung des Abänderungsantrages zur Lohnerhöhung, denn dies wird die gesamten Budgetzahlen betreffen. Anschliessend kommen wir zur Investitionsrechnung. Danach werden wir über den Steuerfuss abstimmen. Darauf folgt die Schlussabstimmung. Nachher werden wir zur Detailberatung des Politikplans übergehen. Ich werde auch über die Kenntnisnahme des Politikplans abstimmen lassen. Zu diesem Vorgehen gibt es keine Wortmeldungen. Die bereits eingegangenen Anträge haben wir aufgelistet und sie sind vorgemerkt. Wir werden sie bei den entsprechenden Punkten erwähnen. Falls aus irgendeinem Grund einer dieser Anträge vergessen gehen sollte, so melden Sie sich bitte sofort. Sollten noch zusätzliche Anträge dazukommen, so bitte ich darum, diese kurz aufzuschreiben und uns nach vorne zu bringen, damit wir die Übersicht behalten. Somit beginnen wir mit der Globaldebatte zum Budget 2015. Die FGPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 23. September ausführlich beraten und zwei Abänderungsanträge dazu verabschiedet.

Markus Hutmacher, Präsident der FGPK: Die FGPK hat sich am 23. September 2014 mit dem Budget und dem Politikplan beschäftigt. Als Auskunftspersonen sind uns die Stadtpräsidentin, Jolanda Urech, die Leiterin Finanzen, Madeleine Schweizer, und der Controller, Matthias Mundwiler, zur Verfügung gestanden. Für die Produktegruppen 30 und 31 gab uns zusätzlich Marius Stadtherr als Vertreter der Schulpflege Auskunft. Wie vom Einwohnerrat in der Vergangenheit gewünscht, liegen das Budget und der Politikplan erstmals in einem Dokument vor. Dadurch können die längerfristigen Auswirkungen von Investitionen einfacher beurteilt werden. Das Budget 2015 ist insofern vom laufenden Stabilo 2-Prozess beeinflusst, als dass dieser noch zu keinen klaren Ergebnissen geführt hat. Der Stadtrat wollte im Budget

nichts vorwegnehmen, weil Stabilo 2 ein Gesamtpaket ist. Der Stadtrat hat sich daher beim Budget auf das Jahr 2015 konzentriert. Im Budget 2016 sollen dann aber die Ergebnisse von Stabilo 2 einfliessen. Der Einwohnerrat wird durch ein Begleitgremium in den Stabiloprozess eingebunden und soll fristgerecht informiert werden. Für den Politikplan wurde das gesamte Stabilo 2-Einsparpotential von 4 Mio. Franken in der Basisvariante pauschal eingerechnet, damit man einen ungefähren Anhaltspunkt hat. Obwohl schon das ursprüngliche Budget von einer hohen Budgetdisziplin geprägt war, hat der Stadtrat von sich aus Kürzungen von rund 1 Mio. Franken vorgenommen. Im Sinne einer Gesamtwürdigung kann das Budget 2015 wie folgt zusammengefasst werden: Es besteht nach wie vor eine gute Vermögenslage mit einem Nettovermögen von rund 118 Mio. Franken. Der tiefe Steuerfuss liegt unter dem Kantons- und Bezirksmittel. Aarau ist nach wie vor eine attraktive Stadt mit zufriedenen Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Finanzhaushalt ist aber nach wie vor nicht im Gleichgewicht. Der Stadtrat ist der Meinung, dass eine Korrektur erfolgen muss. Das strukturelle Defizit muss korrigiert werden. Aus dem dreistufigen Erfolgsausweis ist ersichtlich, dass das operative Ergebnis, und damit gleichzeitig auch das Gesamtergebnis, mit minus 5,6 Mio. Franken negativ ist. Der laufende Betrieb sowie die Abschreibungen können also nicht selber erwirtschaftet werden. Hier muss eine Verbesserung erfolgen. Obwohl einige Investitionen verschoben wurden, sind Ausgaben von netto rund 33,8 Mio. Franken vorgesehen. Für diese Investitionen können nur rund 7,4 Mio. Franken selber finanziert werden. Der Finanzierungsfehlbetrag würde, bei einer kompletten Realisation der Investitionen, rund 26,4 Mio. Franken betragen. Im Zusammenhang mit den Jahreszielen fragte die Kommission nach dem Massnahmenkatalog für die Umsetzung des Gegenvorschlages zur ESAK-Initiative. Die Auskunftspersonen teilten mit, dass der Stadtrat den Massnahmenkatalog bereits beschlossen hat. Es ist vorgesehen, dazu im Winter eine Vernehmlassung durchzuführen. Weiter wollte die Kommission wissen, wieso der Oxer noch einmal evaluiert werde. Der OXER ist im Kern unbestritten, aber die Kosten des vorliegenden Projektes haben zu Fragezeichen geführt. In der Zwischenzeit konnten wertvolle Erfahrungen mit den Zwischennutzungen gemacht werden. Der Stadtrat will mit den involvierten Kreisen noch offene Fragen diskutieren. An der Idee soll festgehalten werden, aber bezüglich der Ausgestaltung sollen noch weitere Abklärungen folgen. Weiter wurden Fragen nach dem Unterhaltsrhythmus für Strassen aufgeworfen. Dazu hat der Stadtrat den Einwohnerräten einen Bericht zugestellt, in welchem er informierte, dass er vorübergehend bis 2018 den Standard des Unterhaltes senken wolle. Weitergehende Anpassungen müssten aber auf Grund von Fakten im Rahmen von Stabilo 2 diskutiert werden. Der Finanzertrag stammt im Wesentlichen aus folgenden Quellen: 5,14 Mio. Franken sind Dividenden der IBA, 2,5 Mio. Franken sind aus dem Ertrag der Liegenschaften des Finanzvermögen, 0,9 Mio. Franken aus Baurechtszinsen und 2 Mio. aus verschiedenen Erträgen, unter anderem aus dem Anlagefonds. Im Hinblick auf die Finanzierung der Investition erklärten die Auskunftspersonen, dass sowohl ein Vermögensabbau und eine Neuverschuldung zum gleichen Ergebnis, nämlich Abnahme des Nettovermögens, führen würden. Der Stadtrat werde deshalb immer beide Optionen prüfen und dann die bessere wählen. Bei den Diskussionen zu den einzelnen Produktegruppen, wurde unter anderem in der PG 04, Organisation und Informatik, festgestellt, dass die Kosten pro Arbeitsplatz hoch sind. Die Auskunftspersonen wiesen daraufhin, dass mit HRM2 auch Abschreibungen berücksichtigt werden müssen. Diese betragen alleine fast 1,2 Mio. Franken oder fast ein Viertel des ganzen Aufwandes. In der PG 20, Kultur, wurde aus der Kommission vorgeschlagen, die wiederkehrenden Beiträge um 5 % zu erhöhen, damit der Stadtrat und die Kulturkommission mehr Projekte unterstützen können. Die Auskunftspersonen wiesen daraufhin, dass der Stadtrat sich bemüht hat, möglichst wenig Neues ins Budget einzustellen. Man könnte sich auch in anderen Bereichen die Frage stellen, ob die mit Stabilo 1 vorgenommenen Kürzungen wieder aufgehoben werden sollen. Trotzdem

stimmte die FGPK dem Antrag für zusätzliche 66'000 Franken mit Stichentscheid des Präsidenten zu. Bei den in der PG 70, Werkhof, wegfallenden öffentlichen WC-Anlagen handelt es sich vor allem um die mobilen Anlagen, welche sehr wenig benützt werden und im Unterhalt sehr teuer sind. Diese Anlagen werden abgebaut. Man sucht aber die Zusammenarbeit mit Gastrobetrieben, um die Benützung deren WC-Anlagen für die Öffentlichkeit zu ermöglichen. In St. Gallen besteht ein entsprechendes Modell. Nach der abschliessenden Diskussion stimmte die Kommission dann dem Abänderungsantrag, dass das Budget mit einem Steuerfuss von 100 % genehmigt werden soll, im Verhältnis 6:4 zu. Die beiden anderen Anträge des Stadtrates wurden einstimmig angenommen.

Ich füge gleich noch die Stellungnahme der Fraktion Grüne an: Grundsätzlich teilen wir die Beurteilungen und Vorschläge des Stadtrates. Wir sind auch der Meinung, dass es uns in Aarau gut geht und wir eine tolle Lebensqualität geniessen können. Wir sind auch einverstanden, dass Aarau dank seinem grossen Nettovermögen, welches, und das muss wieder einmal gesagt werden, nicht aus Steuererträgen resultiert, immer noch einen finanziell vernünftigen Spielraum hat. Für uns ist aber auch schon seit mehreren Jahren klar, dass die laufende Rechnung aus dem Gleichgewicht ist. Wir nehmen im Vergleich zu unseren Ausgaben konstant zu wenig ein. Wir sind auch einverstanden, dass die Ausgaben mit Stabilo 2 überprüft werden. Wir sehen wirklich auch noch Optimierungsmöglichkeiten, z. B. Kopier- und Portokosten, aber auch die Überprüfung der Aufgaben in der Stadtverwaltung selber. Aber für uns ist es auch klar, dass mit Sparen alleine der Haushalt nicht in den Griff zu bekommen ist. Es ist ein Fakt, dass ein grosser Teil der in den letzten Jahren beschlossenen Sparanstrengungen durch die vom Kanton delegierten zusätzlichen Aufgaben wieder aufgehoben wurden. Weiter sind wir der Meinung, dass wir trotz Sparen nicht einfach zum Vornherein auf neue Aufgaben oder Projekte verzichten können und wollen. So ist es uns z. B. wichtig, dass wir, wie bei den grossen Sportbeitragsempfängern vor zwei Jahren, nun auch bei der Kultur die linearen Kürzungen vom Stabilo 1-Teil teilweise zurückgenommen werden. Es geht dabei nicht darum, dass mit der Giesskanne einfach ein Subventionsregen auf alle Beitragsempfänger fallen soll. Für uns ist es aber wichtig, dass z. B. ein Nischenanbieter wie der Fabrikpalast trotz noch ausstehendem Kulturkonzept für seine jahrelange gute und günstige Arbeit honoriert werden kann. Weiter teilen wir die Meinung des Stadtrates, dass Stabilo 2 möglichst als komplettes Paket im Budget umgesetzt werden soll. Da der Stadtrat aber mit der Streichung von öffentlichen WC's selber schon Stabilo 2-Massnahmen vorwegnimmt, sind wir der Meinung, dass die notwendige und finanzpolitisch richtige Steuererhöhung auch in das Budget 2015 einfliessen soll. Entsprechend werden wir alle Anträge der FGPK unterstützen. Von den anderen vorliegenden Anträgen werden wir sicher die Anträge zu easyvote und dem Klassenmusizieren unterstützen. Die Anträge zum Werkhof der SVP werden wir teilweise unterstützen. Der CVP sind wir dankbar, dass sie die Kasernenplanung noch einmal kritisch hinterfragt hat. Wir denken aber, dass der Antrag der SP, welcher eine zusätzliche Einwohnerratsbotschaft zu diesem Geschäft fordert, zielführender ist. Wir haben auch Verständnis, dass vor dem Hintergrund der anstehenden Stabilo 2-Bemühungen und einer fast Nullteuerung die Lohnerhöhungen für die oberen Lohnklassen hinterfragt werden können. Aber trotzdem werden wir beiden Anträgen zur Lohnsumme nicht zustimmen, da der bürgerlich geprägte Stadtrat ja diese Lohnerhöhungen sicher nicht exzessiv auslegen wird.

Martina Suter: Besten Dank an die involvierten Stellen für das Erarbeiten des umfassenden Budgets. Nehmen wir das Positive vorweg: Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat die Strategie der Opfersymmetrie verfolgt und eine Steuererhöhung erst ins Auge fasst, wenn auch auf der Ausgabenseite eine Reduktion erzielt wird. Es kann nicht sein, dass der

Steuerfuss erhöht wird, um weitere Begehrlichkeiten zu wecken. Wir unterstützen daher einstimmig den Vorschlag von 94 % für 2015 und bieten Hand für eine Erhöhung, wenn aufgrund der Resultate von Stabilo 2 klar ist, wo eine Ausgabenreduktion erzielt werden kann. Die Steuerkraft pro Einwohner ist in Aarau weit über dem kantonalen Mittel, was zeigt, dass mit dem eingenommenen Geld effizienter gehaushaltet werden kann und muss. Vom Inhalt des vorgelegten Budgets sind wir aber in verschiedener Hinsicht enttäuscht. Ein unausgeglichenes Budget kann nie befriedigend sein, zumal die Aussichten nicht auf ein einmaliges, schlechtes Jahr hinweisen. Umso mehr hätten wir gerne klare Zeichen eines Sparwillens erwartet. Das war aber leider vergeblich und das, obwohl das operative Ergebnis gemäss Budget noch schlechter ausfallen soll, als in diesem Jahr. Es wird vom Stadtrat erwähnt, dass auf die Ergebnisse von Stabilo 2 gewartet werden möchte. Das ist gut und recht. Aus unserer Sicht wäre dies aber nicht im Widerspruch mit Anpassungen gestanden, die offensichtlich schon jetzt umgesetzt hätten werden können, z. B. die IT-Kosten. Wenn die Vollkosten pro Arbeitsplatz von rund 9'000 Franken auf knapp 15'000 Franken ansteigen, dann wird jedem klar, dass da viel Potential vorhanden ist, auch wenn die Abschreibungen von HRM2 berücksichtigt werden. Es gibt wohl keinen Betrieb und keine Gemeinde, die noch mehr für Organisation und Informatik pro Arbeitsplatz ausgibt. Wir erwarten im Rahmen von Stabilo 2 ein klares Signal für eine massive Reduktion dieser IT-Kosten. Weiter wird noch eine pauschale Lohnerhöhung von 1 % beantragt, obwohl die Teuerung in der Schweiz praktisch bei 0 % liegt. Das ist wirklich schwer verständlich. Der budgetierte Nettoaufwand steigt in 22 von 34 Produktegruppen an. In nur fünf Produktegruppen beträgt die Abweichung zum Vorjahr 0 % und in nur 6 Produktegruppen ist mit einer Reduktion zu rechnen. Das zeugt nicht gerade von mutigem Umgang mit finanziellen Ressourcen, wenn die betriebswirtschaftliche Lage angespannt ist. Es hätte nach unserer Ansicht bereits jetzt und nicht erst nach Stabilo 2 gehandelt werden können und auch müssen. Zur Investitionsrechnung haben wir nur eine Bemerkung: Die Strategie zur Werterhaltung der Gemeindestrassen ist nach unseren Einwänden im letzten Jahr überarbeitet worden, was wir sehr begrüssen. Inwiefern Belagssanierungen von Neubauprojekten im Rahmen der Werterhaltung berücksichtigt sind, ist aber unklar. Für die Werterhaltung sollen in den nächsten paar Jahren 2 Mio. Franken zur Verfügung stehen. Wenn eine Strasse oder ein Verkehrsknoten aber neu gestaltet wird, entfällt auch bei diesen Projekten ein Teil auf die Werterhaltung. In der aktuellen Darstellung in der Investitionsrechnung ist dieser Aspekt überhaupt nicht transparent aufgeführt und lässt vermuten, dass es einige hunderttausend Franken mehr als die angepeilten 2 Mio. Franken sind. Trotzdem können wir keinen Antrag auf Kürzung stellen, weil die entsprechenden Zahlen nicht detailliert aufgeführt sind. Wir möchten daher sehr gerne anregen, dass dies künftig transparenter dargestellt wird. Und zum Schluss noch nicht Monetäres: Wir haben den Eindruck, dass die Qualität der Wirkungs- und Leistungsziele sowie der Indikatoren in den einzelnen Produktegruppen abgenommen hat. Diese wurden in fast allen Produktegruppen einfach vom letzten Jahr übernommen und es macht daher den Anschein, dass es nicht wirklich ernst genommen wird von den Verantwortlichen. Bereits im letzten Jahr haben wir diesen Punkt bemängelt und in der Produktegruppe Schule gezielt darauf hingewiesen. Und so sind wir sehr erfreut, dass genau in dieser Produktegruppe die Ziele und Indikatoren überarbeitet worden sind. Dieses Beispiel soll die Verantwortlichen der anderen Produktegruppen ermuntern, ihre Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Indikatoren sorgfältig zu beurteilen und entsprechend anzupassen. Ein anderes Anliegen, das wir auch bereits im letzten Jahr vorgebracht haben, ist die Darstellung der zweistelligen Unterarten in den Produktegruppen. Diese sind intransparent und sagen oftmals nichts über den Inhalt und die wirklichen Verhältnisse aus. Ein Beispiel: Unter "Sach- und übriger Betriebsaufwand" lässt sich vieles verorten, aber wir wissen überhaupt nicht, was genau budgetiert ist. Gern hätten wir künftig einen Ausweis, der auch die dreistelligen Untergruppen auf-

führt. Schon jetzt im Voraus besten Dank für diese Bemühungen. Noch einige Bemerkungen zum Politikplan: Sorgen bereiten uns die Aussichten bei den Steuereinnahmen, insbesondere bei den juristischen Personen. Es wird trotz geplanter Steuererhöhung in den Jahren 2014-2019 ein durchschnittlicher jährlicher Rückgang von 2,6 % prognostiziert. Wir erwarten daher, dass im Bereich der Standortförderung aktiver Firmen mit hohem Steuersubstrat angeworben werden. "Neue Firmen ansiedeln" hätten wir im nächsten Jahr gern im Budget unter den Jahreszielen Wirtschaft aufgeführt. Erfreulich ist in diesem Bereich hingegen der Abbau bei den Pendenzen im Steuerbereich. Die Nettoinvestitionen wachsen massiv an in den nächsten Jahren, das wissen wir seit längerem. Was jedoch wenigen bewusst ist und zu Sorgenfalten führt, ist der Umstand, dass es nicht nur darum geht, die geplanten Infrastrukturen zu bauen und zu bezahlen, sondern darum, dass mit HRM2 die entsprechenden Abschreibungen während 40 Jahren die laufende Rechnung belasten. Beim Pont Neuf beispielsweise sind das jährliche Abschreibungen von 250'000 Franken während 40 Jahren. Wenn im Jahr 2016 also rund 65 Mio. Franken investiert werden sollen, dann können wir uns alle gut ausrechnen, wie viel nur schon die jährlichen Abschreibungen ausmachen und andernorts eingespart werden muss. Wir sind dann gespannt auf entsprechende Vorschläge. Zu den Anträgen nehmen wir dann einzeln Stellung, wenn sie zur Debatte stehen.

Lukas Häusermann: Ich möchte es nicht unterlassen, zuerst allen Mitwirkenden am Budget 2015 für ihre wertvolle Arbeit zu danken, ohne die wir nicht so einen guten und umfassenden Ausblick auf die städtischen Finanzen hätten. Das Budget 2015 steht aus Sicht der CVP-Fraktion unter dem Motto "Die Ruhe vor dem Sturm". Der Sturm bringt Stabilo 2, er bringt Veränderung. Es darf kein Sturm im Wasserglas sein. Es geht nicht um symbolische, politisch unattraktive Sparmassnahmen, wie die Absenkung der Badewassertemperatur im Freibad Schachen, sondern um Arbeitsabläufe, Aufgaben und Anforderungen. Es geht darum, die heutige Verwaltung zu hinterfragen, alte Zöpfe abzuschneiden und Neues zu wagen. Es geht nur vordergründig um Finanzen. In Wahrheit geht es um Menschen und wie sie ihre Aufgaben erledigen. Da sind wir Einwohnerräte, der Stadtrat und vor allem die Verwaltung gefordert. Wir dürfen uns nicht gegenseitig hintereinander verstecken, sondern müssen die Verantwortung gemeinsam tragen, denn das Budget und der Politikplan zeigen eines ganz klar: So geht es nicht einfach weiter. Die laufenden Ausgaben sind zu hoch und die geplanten Investitionen sowieso. Daran werden die heute gestellten Anträge, so berechtigt sie sind, nichts ändern. Zu den einzelnen Anträgen werden wir in der Detailbesprechung Stellung nehmen. Eines kann ich aber schon vorwegnehmen: Die CVP sieht im Moment auch keinen Grund, am Steuerfuss etwas zu ändern. Warten wir ab, was der Sturm bringt und geniessen wir für den Moment noch die Stille.

Ueli Hertig: Auch ich möchte zuerst der ganzen Belegschaft der Stadt Aarau für ihren Einsatz für unsere Stadt danken. Heute haben wir das Budget 2015 zu beraten und das erste Mal gleichzeitig den Politikplan bis 2019 zur Kenntnis zu nehmen. Ich könnte heute das fast gleiche Votum wie vor einem Jahr nochmals halten, denn es hat sich im Budget und bei den Finanzkennzahlen kaum etwas verändert. Nur die Höhe der Investitionen, die im Politikplan aufgeführt sind, sind in zwei Jahren um ein Drittel, also fast 120 Mio. Franken, gestiegen. Weshalb sah man dies nicht früher? Das frage ich mich hier. Stabilo 2, von dem wir das mehrheitsfähige Einsparungspotential kaum abschätzen können, blockiert den ganzen Prozess. Das zeigen auch die vielen Anträge. Die Stadt lebt von den Finanzerträgen. Der Vermögensabbau macht es aber in der Zeit, welcher der Politikplan umfasst, sicher noch schwieriger, das Budget auszugleichen. Ob die vom Stadtrat für das nächste Budget in Aussicht gestellte Steuererhöhung reicht, bezweifle ich heute. Unsere Fraktion will weiter eine prosperie-

rende, attraktive Stadt mit urbanen Qualitäten. Aber dies kostet etwas und setzt Investitionen voraus. Die FGPK empfiehlt knapp mehrheitlich, den Steuerfuss schon dieses Jahr auf 100 % zu erhöhen. Wenn man heute die finanzielle Entwicklung anschaut, wäre eine Steuerfusserhöhung schon dieses Jahr sinnvoll. Eine Mehrheit unserer Fraktion ist aber bereit, der stadträtlichen Argumentation zu folgen und die Ergebnisse von Stabilo 2 abzuwarten und wird sich deshalb bei der Abstimmung zum Steuerfuss enthalten. Die vom Stadtrat budgetierte Lohnerhöhung von 1 % für allgemeine und individuelle Lohnerhöhungen ist aus unserer Sicht gerechtfertigt. Zum Schluss erwartet unsere Fraktion aber vom Stadtrat ganz klar, dass beim nächsten Budget auch auf der Einnahmenseite eine Korrektur erfolgt.

Susanne Heuberger: Vorhin hat Lukas Häusermann gesagt, wir sollen heute Abend noch die Ruhe vor dem Sturm geniessen. Ich glaube, die Ruhe vor dem Sturm ist schon lange vorbei. Wir werden heute Abend schon einige Wogen haben, welche sich bewegen. Die erstmalige zeitgleiche Präsentation des Budgets und des Politikplans wird seitens unserer Fraktion sehr begrüsst, bewirkt sie doch eine breitere Synergienutzung bei Verwaltung, Behörde und Parlament. Auch erlaubt sie ein verbesserter, unmittelbarer Vergleich der ideellen und finanziellen Entwicklungen. Wir danken allen mit der Erstellung betrauten Personen für die geleistete Arbeit. Wir geben Ueli Hertig Recht, wenn er sagt, dass seine Fraktion das Budget 2015 nicht viel anders bewerte als das Budget 2014. Da können wir zustimmen. Praktisch identisch ist die Bewertung auch von der SVP, einfach mit anderen Vorzeichen: Innerhalb von Jahresfrist hat sich für uns nichts Wesentliches geändert. Die gegenwärtige finanzielle Situation bleibt angespannt. Der Rechnungsabschluss 2015 ist wiederum mit einem Verlust budgetiert. Dringend notwendige Kostenreduktionsmassnahmen sucht man vergeblich. Es wird auf die Ergebnisse von Stabilo 2 vertröstet. Die Investitionsausgaben bleiben konstant viel zu hoch. Die finanzielle Zukunft wird uns düster vorhergesagt. Wir sind sehr überrascht und auch sehr enttäuscht, dass auch beim neu zusammengesetzten Stadtrat leider nur ein geringer Wille zum umsichtigen Wirtschaften vorhanden ist. Der geringe Wille wird dadurch noch unterstrichen, dass die Behörde mit Blick auf 2016 eine Steuerfusserhöhung in Aussicht stellt. Diese sieht sie im Sinne einer sog. Opfersymmetrie – ich glaube, dieses Wort wird noch zum Wort des Jahres in Aarau – mit den ebenfalls auf das Budget 2016 in Aussicht gestellten Anträgen aus Stabilo 2. Die SVP zeigt sich konsterniert über diese stadträtliche Haltung, unterläuft und torpediert er doch mit solchen Äusserungen den laufenden Stabiloprozess in fataler Art und Weise. Wir müssen den Druck aufrechterhalten können, um die Aufwandseite besser in den Griff zu bekommen. Wenn man jetzt auf der anderen Seite schon signalisiert, man wolle da schrauben, fällt der Druck weg. Das ist völlig falsch. Unter diesen Voraussetzungen ist für die SVP bereits heute klar, dass Stabilo 2 wohl dereinst zum Rohrkrepierer wird. Der Stadtrat macht sich offensichtlich und in verantwortungsloser Manier zum aktiven Gehilfen und die Ratslinke wird ihm dereinst noch so gerne willig folgen. Vollends auf Ablehnung stossen bei uns die Anträge der FGPK, die Beiträge in der Kultur à discrétion um 5 % zu erhöhen und den Steuerfuss bereits mit dem Budget 2015 auf 100 % anzuheben. Wir bleiben dabei, auch wenn es nicht alle hören wollen und viele hier im Saal anderer Meinung sind: Aarau hat kein Einnahmenproblem, sondern gibt schlicht und einfach weiterhin viel zu viel Geld aus. Fakt ist, dass wir bei einem Steuerfuss von 94 %, gemessen am Kantonsmittel von gut 103 %, weit überdurchschnittlich hohe Steuereinnahmen erzielen. Diese verdanken wir einer Vielzahl zahlkräftiger privater und juristischer Personen. Ihnen gilt es Sorge zu tragen, insbesondere auch mit einem attraktiven und möglichst tiefen Steuerfuss. Gemäss Kantonsdurchschnitt, und das sind Zahlen aus dem Jahre 2012 und die neusten, welche erhältlich sind, hat im Aargau jeder Einwohner im Jahre 2012 Steuern von 2'400 Franken bezahlt. Dies wurde mit dem Kantonsmittelsteuersatz errechnet. In Aarau sind es trotz geringerem Steuersatz von 94 % 3'000

Franken. Wir bekommen also mit einem tieferen Steuersatz sage und schreibe 600 Franken mehr pro Person. Wenn Sie weiter rechnen, dann sehen Sie, dass das bei 20'000 Einwohnern in Aarau Mehreinnahmen von 12 Mio. Franken pro Jahr ergibt. Dazu gesellen sich weitere 12 Mio. Franken aus dem Nettofinanzertrag. Davon können die allermeisten anderen Gemeinden nur träumen. Berücksichtigen wir darüber hinaus die Tatsache, dass in Aarau auch die juristischen Personen überdurchschnittlich hohe Beiträge abliefern, stehen uns pro Jahr 25-30 Mio. Franken mehr als einer aargauischen Durchschnittsgemeinde zur Verfügung. Die SVP Aarau ist der festen Überzeugung, dass es damit möglich sein muss, einen ausgeglichenen Haushalt zu bestreiten. Die Stadt leistet sich schon viel zu lange zu viel Luxus, zehrt in unverantwortlicher Weise vom Vermögen und lebt teilweise auch von ausgeliehenen Geldern. Deshalb ist es höchste Zeit, dass das Programm Stabilo 2 möglichst rasch und schonungslos aufzeigt, wo die grössten finanzpolitischen Auswüchse liegen. Sind z. B., wie Martina Suter schon erwähnt hat, die Vollkosten für einen Arbeitsplatz von 14'600 Franken marktgerecht? Kann sich Aarau weiterhin eine eigene Informatiklösung leisten? Wo sollen die wiederkehrenden Kosten im Bereich Kultur, und dazu zählen wir die Stadtbibliothek, das KUK, das Stadtmuseum, Beiträge an die Kulturschaffenden, welche bereits heute 15 Steuerprozente ausmachen, in Zukunft liegen? Ist auch ein Projekt OXER noch zu stemmen? Wir haben vorhin gehört, dass der OXER verankert bzw. auf gutem Wege sei. Bei uns von der SVP ist das ganz anders und wir sind sicher, dass das auch bei der Mehrheit der Bevölkerung so ist. In welchem Kostenrahmen bewegt sich in Zukunft der Schulbereich und wo die städtische Alterspolitik? Wie ist eine Zunahme der Nettokosten bei der freiwilligen Sozialarbeit um eine halbe Million Franken innerhalb zweier Jahre zu bewerten? Bevor die Resultate aus dem Stabilo 2-Prozess nicht vorliegen und sowohl beim Parlament, wie auch beim Stadtrat der politische Wille nicht vorhanden ist, diese Erkenntnisse auch umzusetzen, sind wir zu keinerlei Konzessionen gegenüber dem aktuellen Steuerfuss von 94 % bereit. Oder mit anderen Worten: Zuerst muss Licht in die Dunkelkammer der städtischen Auslage gebracht und der Nachweis der absoluten Notwendigkeit erbracht werden. Freiwillige Beiträge sind zu beschränken, sei das bei der Kultur, dem Sport oder der Sozialarbeit. Den ständig neuen Forderungen nach Erhöhungen – wir haben heute Abend wieder einige auf dem Tisch – muss endlich Einhalt geboten werden. Nicht gefragte Angebote sind kritisch auszuleuchten und allenfalls einzustellen. In diesem Sinne werden wir heute Abend keinen einzigen Antrag auf Erhöhung unterstützen. Unsere Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler sehen wir klar in Richtung Redimensionierung und Verzicht. Das ist etwas, das nicht nur Aarau dringend nötig hat, sondern noch viele andere Gemeinden auch. Wir sind also in guter Gesellschaft. Gehen wir mit gutem Beispiel voran. Dafür werden wir heute Abend geschlossen einstehen. Ich habe noch zwei kurze Bemerkungen zum Politikplan 2014 – 2019: Den nehmen wir zur Kenntnis. Er zeigt uns ein einziges, grosses Wunschkonzert, sowohl ideell, als auch finanziell.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die Redezeit von 10 Minuten ist abgelaufen. Ich bitte darum, das restliche Votum kurz zu halten.

Susanne Heuberger: Ich brauche nicht mehr länger als 1 Minute. Viele Fehlentwicklungen sind offensichtlich. Frühzeitig darauf zu reagieren, das wäre ein richtiges Ziel des Politikplans. Entsprechende konkrete Vorschläge des Stadtrates sucht man aber vergeblich. Man wird auf Stabilo 2 vertröstet. Stabilo soll es richten und zusätzlich dann auch, wie man lesen kann, eine sechsprozentige Steuererhöhung. Wir fragen uns, weshalb sich der Stadtrat das Recht herausnimmt, uns insbesondere bei den Investitionen auf den Stabilo 2-Prozess zu vertrösten, und keine Vorschläge macht, obwohl er sehr nahe an diesen Sachgeschäften dran ist, aber gleichzeitig, und damit widerspricht er sich, dass er Stabilo 2 nicht vorgreifen möchte,

eine Steuererhöhung ins Auge fasst. In diesem Sinne nehmen wir mit unguten Gefühlen von diesem Politikplan Kenntnis.

Oliver Bachmann: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für das gut aufgearbeitete Budget 2015 und den Politikplan 2014 – 2019. Ich habe Bemerkungen zu einzelnen Positionen, einzelnen Anträgen und zum Steuerfuss. Meine Bemerkungen zu einzelnen Positionen: Bei der PG 02 wird unter den Wirkungs- und Leistungszielen eine Reduktion der Weiterbildungskosten beantragt, da diese bislang nicht voll ausgeschöpft wurden. Warum wurden diese im Moment nicht ausgeschöpft? Wollen sich unsere städtischen Angestellten teilweise nicht weiterbilden? Oder hat die Stadt Aarau als Arbeitgeberin zu strenge Vergaberichtlinien für Weiterbildungsbeiträge? Bei der PG 30 sind wir über den Indikator des Wirkungs- und Leistungsziels "Die Schüler/innen der Primarschule werden ihrem Leistungspotenzial entsprechend gefördert" gestolpert. Dies wird mit dem Übertritt an die Bez., Sek., Real gemessen. Die Ziele sind in Prozentsätzen fixiert. Uns ist bewusst, dass dieses Ziel kürzlich angepasst wurde und der Einwohnerrat dem zugestimmt hat. Dennoch wirkt ein solcher Indikator etwas absurd und sollte unbedingt nochmals überarbeitet werden. Zu einzelnen Anträgen: Zum Kasernenareal nehme ich gerne bei der entsprechenden Budgetposition Stellung. Wir haben hierzu, wie Sie sicher gesehen haben, einen Kompromissantrag gestellt. Zu dem Antrag, auf eine Lohnerhöhung ganz oder teilweise zu verzichten: Die FDP und die SVP argumentieren mit der Teuerung, die auch im laufenden Jahr sehr gering ausfallen wird. Jetzt gibt es aber zu bedenken, dass wir in Aarau ein Lohnsystem haben, welches auf Leistungen basiert und gepflegt werden muss, damit eine Entwicklung innerhalb der Lohnbänder möglich ist. Es ist nicht sehr sinnvoll, wenn lohnrelevante Mitarbeitergespräche durchgeführt werden, aber am Schluss gesagt werden muss, dass alles gut sei und der oder die Mitarbeitende die Arbeit gut gemacht habe, aber leider habe man gar nichts zu verteilen und deshalb bleibe es so, wie es sei. Im Budget ist nicht definiert, ob diese Lohnerhöhungen individuell oder generell gewährt werden sollen. Wir nehmen aber an, dass der Stadtrat aufgrund der Teuerungsprognose einen grösseren Anteil für individuelle Lohnerhöhungen gewähren wird. Man kann davon ausgehen, dass mindestens 1 % Lohnerhöhung zur Pflege des Lohnsystems notwendig ist. Wir finden die Argumentation der SVP, dass auch aufgrund des Defizits eine Lohnerhöhung nicht angezeigt sei, sehr problematisch. Das Defizit wurde der Stadt Aarau durch uns und die Politik eingebrockt und nicht durch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Zudem war man schon in den letzten Jahren mit Lohnerhöhungen sehr, sehr zurückhaltend. Wir bitten Sie deshalb, diese Anträge abzulehnen. Den Antrag zum easyvoting werden wir grossmehrheitlich unterstützen. Ich komme zum Steuerfuss: Die FGPK hat richtig erkannt, dass die strukturellen Probleme im Aarauer Budget nicht einseitig mit Sparmassnahmen bekämpft werden können. Auch auf der Einnahmenseite besteht Handlungsbedarf, und zwar heute und nicht erst morgen, insbesondere, da Aarau einen Steuerfuss deutlich unter dem kantonalen und auch unter dem regionalen Schnitt hat. Auch der Stadtrat rechnet im Politikplan damit, dass die Steuern erhöht werden müssen. Wir haben ein bisschen Verständnis, dass der Stadtrat gerne gleichzeitig zur Steuererhöhung weitere Sparvorschläge präsentieren will. Insgesamt hält es die SP-Fraktion aber für falsch, dem Patienten "Stadt Aarau" das wirksame Medikament Steuerfusserhöhung zumindest in einer homöopathischen Dosis von 6 % nicht bereits heute schon zu verabreichen. Wir wollen heute mit der Heilung beginnen und stimmen daher für diese moderate Steuererhöhung.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich möchte mich zuerst für die engagierten Voten von Ihnen bedanken, welche zeigen, dass Sie sich alle sehr intensiv mit diesem Budget und dem Politikplan auseinandergesetzt haben. Ich danke auch für die zahlreichen Komplimente, wel-

che an die Stadtverwaltung gemacht worden sind und namentlich auch an die Abteilung Finanzen und Liegenschaften für die Unterlagen, welche Sie hier aufbereitet erhalten haben. Es ist so, dass sich dieses Budget tatsächlich nicht schönreden lässt. Der Stadtrat bringt in diesem Budget auch zum Ausdruck, dass er damit nicht zufrieden ist. Wenn Sie auf der Seite 10 des Budgets den dreistufigen Erfolgsausweis der Einwohnergemeinde anschauen, spricht das schon Bände für sich. Man sieht da zum Beispiel, dass das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit eigentlich negativ ist. Im zweiten Schritt sieht man, dass wir zwar ein anständiges Ergebnis aus der Finanzierung haben. Man sieht aber auch, dass dies nicht reicht, um das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit zu decken. Daraus resultiert ein negatives Gesamtergebnis von minus 5,7 Mio. Franken. Das ist tatsächlich nicht schön. Man sieht in dieser Darstellung, dass die Einwohnergemeinde den Betrieb und die Abschreibungen nicht selber erwirtschaften kann, und das wäre doch etwas sehr Wichtiges. Wie gesagt, der Stadtrat ist damit auch nicht zufrieden. Hier ist sicher Handlungsbedarf angezeigt. Wenn man die verschiedenen Aufwendungen prozentual verteilen würde, kann man feststellen, dass rund 45 % dieser Aufwendungen an den sog. Transferaufwand fliessen. Das sind Zahlungen an Dritte und gesetzliche Beiträge. Diese Zahlungen sind gebunden. Das ist doch ein recht grosser Anteil, welche schon einmal weg geht. Ein grosser Anteil von rund 28 % geht an das Personal und 19 % beträgt der Sach- und übrige Betriebsaufwand. Dazu kommen noch die Abschreibungen. Es wurde gesagt, dass die Erträge bei den Steuern eher etwas rückläufig sind, wobei sie bei den juristischen Personen eher etwas zunehmen und die Erträge bei den natürlichen Personen eher etwas abnehmen. Die Steuererträge sind aber eben nicht so, wie wir sie uns eigentlich wünschten. Gleichzeitig ist es so, dass die Steuererträge einen ganz wichtigen Punkt ausmachen. Rund 73 % des betrieblichen Ertrags stammt aus diesen Steuereinnahmen. Deshalb ist das für uns eine wichtige Grösse nebst Entgelten und Regalien, welche wir noch erhalten. Das Budget 2015 ist an und für sich unspektakulär. Ich habe das schon in der FGPK gesagt: Der Stadtrat hat es zum zweiten Mal beraten. Er hat auch noch einmal den sog. Rotstift angesetzt und noch einmal rund 1 Mio. Franken herausgestrichen. Er hat als einzige "Highlights", welche er der Stadt gönnt, den Gigathlon und das Volksmusikfest ins Budget aufgenommen. Sonst erfolgte eine erhöhte Budgetdisziplin. Aber verschiedene Erhöhungen bei den Aufwendungen und Mindererträge führten dazu, dass sich das Budget jetzt so präsentiert. Eine ähnliche Diskussion kann man führen, wenn man in der Budgetvorlage eine Seite weiterblättert, nämlich bei den Investitionen und dem Finanzierungsausweis der Einwohnergemeinde. Das steht auf der Seite 14. Dort sieht man auch, dass bei einem Vergleich der Investitionseinnahmen und -ausgaben eine Schere bzw. ein Minusbetrag von 33,8 Mio. Franken besteht. Mit einer Selbstfinanzierung von lediglich 7,4 Mio. Franken entsteht ein Fehlbetrag von mehr als 26 Mio. Franken. Das ist tatsächlich auch ein eigentlich schlechter Wert. Natürlich muss hier der Vorbehalt angebracht werden, dass nicht immer sämtliche Investitionen auch getätigt werden. Ich habe den Vergleich mit dem Jahr 2013 gemacht: Damals wurde mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 25,5 % gerechnet. Schlussendlich lag er bei 60 %, da ganz viele Investitionen aus verschiedenen Gründen nicht getätigt worden sind. Aber auch das kann schlussendlich nicht befriedigen, wenn es so stark voneinander abweicht. In der Investitionsrechnung sieht man eindeutig, dass das Investitionsvolumen zu gross ist. Es geht jetzt wirklich darum, Sachen zu verschieben, zu streichen oder zu staffeln. Das waren einmal meine Bemerkungen zur Würdigung dieses Budgets. Der Stadtrat hat tatsächlich beim Investitionsbudget den Fokus auf das Jahr 2015 gelegt. Es wurde heute Abend bereits mehrmals gesagt, und ich möchte das auch noch unterstreichen: Der Stadtrat hat effektiv Stabilo 2 ernst genommen. Der Einwohnerrat hat fast 500'000 Franken dafür gesprochen, dass verschiedene Aufträge ausgelöst werden konnten, um Effizienz- und Optimierungspotential aufzeigen zu können. Der Stadtrat wollte sich nicht einfach darüber hinwegsetzen und beginnen, selber an diesem Investitions-

programm herumzustreichen, bevor nicht Ergebnisse vorliegen, denn diese sind noch in Bearbeitung. Der Stadtrat wollte keine Übersteuerung. Deshalb ist für ihn ganz wichtig zu sagen, dass der Prozess so gesteuert sein muss, dass es sicher auf die Budgetierung 2016 reicht. Der Stadtrat will ganz bewusst auch den Einwohnerrat miteinbeziehen. Wir haben Ihnen eine Terminliste für die Vertretung der Fraktionen geschickt. Wir wollen uns dreimal treffen und miteinander versuchen, den "Schulterschluss" zu finden. Ich hoffe nicht, dass es so herauskommt, wie Susanne Heuberger gesagt hat. Sie meinte, es gäbe einen Rohrkrepierer, weil gar kein politischer Wille da sei. Der Wille des Stadtrates ist vorhanden und er möchte den Einwohnerrat auch so mitnehmen können. Deshalb ist dieses Vorgehen auch so angelegt, dass der Einwohnerrat am Schluss nicht einfach mit einer Botschaft bedient und dann hier im Saal geschaut wird, wer die Mehrheit hat. Mit diesen vorberatenden Gefässen soll wirklich geschaut werden, ob es eine gemeinsame Haltung gibt, die man zusammen entwickeln kann. Dazu gehört auch – und das ist die andere Überlegung des "Wortes des Jahres" Opfersymmetrie – dass bei einem Szenario, bei dem es mit Sparen, Streichen und Verschieben nicht reicht, was ja der Politikplan auch fast ein wenig aufzeigt, dass sich dann der Stadtrat auch die Freiheit herausnimmt zu sagen, der Steuerfuss müsse in diesem Zusammenhang angeschaut werden. Der Stadtrat hat den Steuerfuss bewusst nicht schon herausgelöst. An und für sich, also von diesem Budget her, könnte man bereits heute mit dem Steuerfussantrag kommen. Das wäre eigentlich gerechtfertigt. Aber der Stadtrat findet es fair, das in einer Gesamtwürdigung und -diskussion zu bringen, wenn man es schon tun muss. Martina Suter hat ja beispielsweise ebenfalls lobend erwähnt, dass diese Strategie Sinn mache. Andere haben das mehr oder weniger auch so unterstützen können. Jetzt könnte natürlich gesagt werden, und das wurde heute Abend auch getan, dass Aarau eine attraktive Stadt sei, eine hohe Lebensqualität und zufriedene Bewohnerinnen und Bewohner habe. Das resultierte aus verschiedenen Umfragen. Man bekommt in Aarau sehr viel für den Steuerfranken. Deshalb sind auch alle so gerne hier. Wir haben ein Kultur- und Sportangebot, familienergänzende Kinderbetreuung, gute Verkehrsinfrastrukturen und einen guten Service public von unserer Stadtverwaltung, usw. Man könnte auch noch anführen, dass wir nach wie vor eine gute Vermögenslage mit einem Nettovermögen von rund 118 Mio. Franken Ende 2013 haben. Wir haben natürlich ebenfalls einen tiefen Steuerfuss im Kantons- und Bezirksvergleich. Aber nichts desto trotz, und hier möchte ich die Klammer in diesem Sinne auch wieder schliessen, müssen wir dazu in jedem Fall Sorge tragen, damit unsere Stadt weiterhin lebenswert bleibt und die Leute gerne hier sind. Aber dennoch kann es nicht sein, dass wir unser Vermögen verzehren. Der Politikplan zeigt ja auch auf, dass das Vermögen bis im Jahre 2019 aufgebraucht ist, wenn wir so weitermachen. Dies will ja sehr wahrscheinlich auch niemand. Deshalb geht es darum, das strukturelle Defizit anzugehen und zu beseitigen. Das möchte der Stadtrat allen Ernstes effektiv und wirklich tun, weshalb er das auch verschiedentlich in dieser Vorlage ausgeführt hat. Ich möchte gerne noch ein paar von Ihren Voten aufgreifen. Der Gedanke der Strategie, also der Opfersymmetrie, welchen Martina Suter und auch andere aufgenommen haben, ist dem Stadtrat ganz wichtig. Es ist uns deshalb ebenfalls wichtig, nicht heute einfach ein Element herauszulösen. Aus diesem Grund wird sich der Stadtrat ganz vehement gegen eine jetzige Steuerfusserhöhung wehren. Zudem würde das auch die Bevölkerung kaum goutieren, nachdem dieser Antrag kürzlich schon gestellt worden ist und die Bevölkerung dazu nicht Ja sagen konnte. Man müsste allenfalls im Zusammenhang mit dem Gesamtpaket der Bevölkerung glaubhaft erklären können, weshalb man das machen sollte. Das wäre dann eben im Zusammenhang mit Stabilo 2. Verschiedentlich wurden die IT-Kosten erwähnt. Das ist tatsächlich der Kern des Auftrags betr. IT. Die hohen Kosten stehen dort im Fokus. Die Abschreibungen sind zwar enthalten, aber es interessiert uns, weshalb denn eigentlich die Kosten so hoch sind und welche Möglichkeiten es da gibt. Es ist ebenfalls von Martina Suter auf die Qualität der Leistungs- und Wirkungs-

ziele hingewiesen worden. Das ist natürlich ein ständiger Prozess, seit es WOSA gibt. Die Ziele können immer subtiler der Wirklichkeit angepasst werden. Schlussendlich ist es der Einwohnerrat, welcher diese Ziele setzt und auch die Möglichkeit hat, mitzugestalten und sich mit der Planungserklärung als üblichem Instrument einzubringen. Im Schulbereich hat man das ja auch getan für das letzte Jahr. Der Einwohnerrat hat damals den Zielen, welche er heute kritisiert, so zugestimmt. Natürlich werden die Ziele dann nicht jedes Jahr vom Stadtrat aus wieder geändert, aber an und für sich steht dem nichts im Wege, wenn man klüger geworden ist und in der einen oder anderen Produktegruppe bessere Ziele finden kann. Die Standortförderung ist ebenfalls erwähnt worden. Dies möchte ich sehr unterstützen. Sie wissen ja auch, dass wir eine Wirtschaftsfachstelle haben, welche hier ein Schwergewicht legt. Es könnte sich im nächsten Budget tatsächlich noch in einem Leistungs- oder Wirkungsziel niederschlagen. Dem steht eigentlich nichts entgegen. Ich möchte hier einfach noch erwähnen, dass nebst der Ansiedelung von neuen Firmen die Bestandespflege etwas sehr Wichtiges ist, was häufig etwas vergessen geht. Auch da legt der Stadtrat grossen Wert darauf und wird von den Firmen sehr geschätzt. Lukas Häusermann hat sehr richtig darauf hingewiesen, dass Stabilo 2 auch ein Stück weit wehtun wird. Es geht nicht nur um die Wassertemperatur in der Badi, sondern um Substanzielles. Genau deshalb findet es der Stadtrat wichtig, dass wir zusammen und zu mehreren Malen in diesen Prozess hineingehen und nicht einfach einzelne Sachen herauspicken. Das sieht der Stadtrat genau gleich wie Sie. Auch Ueli Hertig hat darauf hingewiesen, dass ein mehrheitsfähiger Prozess bei Stabilo möglich sein soll, und dafür braucht es die gemeinsame Auseinandersetzung. Susanne Heuberger hat gesagt, dass man den guten Steuerzahlern Sorge tragen solle. Das finde ich ein ganz wichtiger Punkt. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass für diese guten Steuerzahler nebst einem attraktiven Steuerfuss, den wir ja noch längstens haben und auch hätten, wenn er noch etwas höher wäre, die Qualität zum Wohnen und Leben in unserer Stadt eine ganz wichtige Rolle spielt und sie hier in der Stadt, ob sie nun Familie haben oder nicht, unser Angebot sehr schätzen. Der Politikplan wirkt tatsächlich in diesem Sinne etwas wie ein Wunschkonzert, weil es ebenfalls ein Auftrag von Stabilo 2 ist, sich wirklich nur auf das Jahr 2015 zu fokussieren und alles andere eben auch in diesem Prozess angeschaut wird. Das waren jetzt noch ein paar Antworten auf Ihre interessanten Voten. Zusammenfassend ist sich der Stadtrat bewusst, dass das Budget und Investitionsprogramm nicht so aussieht, wie es eigentlich sollte. Er ist bereit, jetzt dann umfassendere Schritte einzuleiten. Der Stadtrat gedenkt das mit dem Stabilo 2-Prozess zu tun, und zwar zusammen mit dem Einwohnerrat. Das waren meine Ausführungen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit wäre die Globaldebatte abgeschlossen und wir kommen zur Detailberatung. Wir gehen die Botschaft Seite für Seite durch. Wir beginnen auf der Seite 6. Wenn irgendwelche Wortmeldungen gewünscht sind, so bitte ich Sie, sich zu melden. Wie gesagt sind die Abänderungsanträge notiert. Auf diese kommen wir jeweils von uns aus zu sprechen. Es kann dann jeweils immer der Antragsteller bzw. die Antragstellerin das Wort haben, wenn er bzw. sie das noch wünscht. Anschliessend wird die zuständige Person des Stadtrates etwas dazu sagen. Danach erfolgt die Debatte dazu. Wir werden dann jeweils auch gleich darüber abstimmen. Zu den Seiten 6-17 liegen keine Wortmeldungen vor. Zu den Produktegruppen 01 und 02 liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 03, Stadtbüro, liegt ein **Abänderungsantrag** von **Gabriela Suter, SP,** und **Petra Ohnsorg, Grüne,** mit folgendem Wortlaut vor:

Das Budget der Produktegruppe 03, Stadtbüro, soll um den Betrag von Fr. 8'200.- für die easyvote-Abstimmungshilfe erhöht werden.

Gabriela Suter: In der letzten Woche haben die Medien gross getitelt: "Die meisten Jugendlichen sind beim Wählen überfordert." Es stand aber auch geschrieben: "Die meisten Jugendlichen sind an der Politik interessiert." Das stand unter anderem auch in der AZ. Sie alle haben das sicher auch gesehen. Eine repräsentative Studie, welche vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente in Auftrag gegeben worden ist, hat ein Medienecho ausgelöst und uns auch wieder darauf sensibilisiert, dass Jugendliche speziell animiert werden müssen, um sich politisch zu beteiligen. Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente hat bereits vor sieben Jahren gehandelt und das Projekt easyvote lanciert. Sie konnten das jetzt ja auch studieren, und zwar einerseits mit der Infobroschüre, anderseits mit den Abstimmungsunterlagen der letzten Abstimmung im September 2014, und zwar kantonal und national. Easyvote ist ein Projekt, das hybrid läuft, also offline in Papierform und aber natürlich auch die ganzen Social Media-Kanäle nutzt, welche jetzt angeboten werden. Dass die Generation von Social Media jetzt mit Papier eingedeckt werden soll, ist im Vorfeld von einigen etwas moniert worden. Es sollte doch möglich sein, jetzt gleich alles aus dem Netz zu ziehen, da diese Personen sowieso ständig dort aktiv seien. Offenbar hat eine Umfrage des Projektes easyvote zum Ergebnis geführt, dass die meisten Jugendlichen dennoch per Post an solch wichtige Sachen erinnert werden möchten. Die Idee in diesem Projekt ist, dass man von offline zu online wechselt. Sie haben in der Informationsbroschüre auf Seite 9 ausgeführt, dass verschiedene weitere Massnahmen, abgesehen von diesen Sensibilisierungsmassnahmen und dieser Abstimmungshilfe, bestehen. Für Petra Ohnsorg und mich ist diese Abstimmungshilfe easyvote ein bisschen wie als Trittbrett gedacht. Von 0 auf 100 gleich auf Beamtendeutsch zu wechseln, setzt einigen gleich ziemlich zu. Das gäbe einen Kaltstart und man würde einfach aufhören, sich damit zu beschäftigen. Natürlich kann man auch der Meinung sein, und solche Stimmen habe ich im Vorfeld auch gehört, dass diejenigen, welche sich zwar interessieren würden, aber nicht bereit seien, etwas Zeit zu investieren, zu recherchieren und nachzufragen, sich halt einfach nicht an der Politik beteiligen sollen. Das sei dann halt so. Auf diese Weise kann man es natürlich auch sehen. Wir sehen es so, dass man hier noch fördernd und unterstützend eingreifen soll, um damit von 0 auf 50 und dann auf 100 zu wechseln. Zwischen 18 und 25 Jahren sollte man die Broschüre noch bekommen und aufmerksam auf die verschiedenen Onlinekanäle gemacht werden. Wenn man 25 Jahre alt geworden ist, soll man sich dann intensiv mit dem Beamtendeutsch beschäftigen. Es ist auch moniert worden, dass man doch Institutionenlehre in der Schule habe. Tatsächlich ist es so, dass man das in der Schule hat, aber wie nachhaltig das Ganze ist, ist je nach Lehrperson und je nach Schülerin oder Schüler etwas verschieden. Man muss ganz klar sehen, dass die primäre Zielgruppe der Jugendlichen im Kanton Aargau nicht die 18-20 % Maturanden sind, sondern 80-82 % der anderen Jugendlichen, welche v.a. angesprochen werden. Natürlich hat man auch in der Berufsschule oder im Gymnasium ein Gefäss, in welchem politische Bildung betrieben werden kann, aber wir haben nach wie vor kein Fach "Politische Bildung". Da bin ich wahnsinnig froh, dass die Junge FDP die Initiative wieder hervorgeholt hat und über das Fach "Politische Bildung" noch abgestimmt werden wird, da der Lehrplan 21 kein solches Fach integrieren möchte. Wir sind der Meinung, dass die direkte Demokratie die Basis unseres politischen Systems ist und deshalb auch möglichst viele animiert werden müssen, sich politisch zu beteiligen. Es soll nicht dazu führen, dass nur eine elitäre Schicht, welche das Beamtendeutsch versteht, sich an politischen Prozessen beteiligen und unsere Gesellschaft in diesem Sinne eigentlich gestalten kann. Aus diesem Grund bitte ich Sie, wie es 34 andere Gemeinden im Kanton Aargau auch tun, den Aarauer Jugendlichen eine Chance zu geben, dieses Trittbrett benutzen zu können und die 8'200 Franken pro Jahr, also 5 Franken pro Jugendlichen, zu investieren. Ich denke, das ist sinnvoll investiertes Geld.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Der Stadtrat hat das Geschäft easyvote mit der Abstimmungsbroschüre Schweiz schon einmal beraten, und zwar im Juni 2011. Damals kam die Projektleitung auf alle Gemeinden zu und warb für eine Teilnahme. Zu diesem Zeitpunkt lehnte der Stadtrat eine Teilnahme an diesem Projekt ab. Kurz darauf gab es eine Anfrage dazu im Einwohnerrat. Ich glaube, sie stammte von Frau Suter. Der Stadtrat machte auf diese Anfrage seine Ausführungen. Drei Jahre später sagt der Stadtrat zum Antrag von Frau Suter wiederum Nein. Ich möchte Ihnen die Gründe dazu kurz erläutern: Es wurde richtig gesagt, dass verschiedene Gemeinden bereits am Projekt easyvote teilnehmen. Der Stadtrat hat bis jetzt das Vorliegen einer Auswertung der Wirksamkeit dieser Massnahme vermisst, um sich ein Bild machen zu können, ob easyvote überhaupt den gewünschten Effekt bringt oder ob es so ist, dass diejenigen, welche das Abstimmungsbüchlein nicht öffnen, das auch beim easyvote-Büchlein nicht tun. Der Stadtrat möchte noch etwas länger abwarten, was die Erfahrungen eigentlich bringen. Das Büchlein ist auf Kanton und Bund ausgerichtet. Auf Gemeindeebene fehlt ein solches Gefäss, aber genau dort könnte es eine bestimmte Bedeutung haben. Das wiederum wäre sehr kostenintensiv. Und wenn ich bei den Kosten bin, so ist zu sagen, dass sich der Stadtrat natürlich auch von den Kosten leiten liess. Es geht um einen geschätzten Betrag von rund 8'000 Franken. Wenn man das Projekt noch evaluieren möchte, was man sehr wahrscheinlich auch tun müsste, würde das zusätzliche 5'000 Franken kosten. Neu verspricht sich der Stadtrat nun zudem einen Effekt durch die Teilnahme am Projekt E-voting, von welchem man ja, zumindest via Zeitung, unterdessen weiss, dass Aarau beim Pilot auch mitmachen kann. Der Stadtrat glaubt, dass mit E-voting mehr junge Menschen erreicht werden können und sie auf diesem Weg besser zum Abstimmen finden. Zum Schluss ist von Gabriela Suter selber gesagt worden, dass es eine Onlineversion gibt. Das ist eine Seite unter www.easyvote.ch. Dort sind all diese Informationen vorhanden. Der Stadtrat könnte sich vorstellen, dass man in geeigneter Weise auf diese Onlineversion aufmerksam macht, beispielsweise an der Feier der Jungbürgerinnen und Jungbürger. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Stadtrat, obwohl er es an und für sich eine gute Sache findet, diesen Antrag abzulehnen.

Michel Meyer: Ja, die direkte Demokratie ist die Basis für unser politisches System und ja, easyvote ist ein sehr gutes Informationsmaterial. Und doch müssen wir von der FDP-Fraktion diesen Antrag ablehnen, und zwar nicht, weil wir gegen easyvote sind, sondern weil man diese 8'500 Franken auch im Rahmen des bestehenden Budgets finanzieren kann. Wir geben die Idee gerne dem Stadtrat und der Stadtverwaltung zur Prüfung und Umsetzung mit. An dieser Stelle möchte ich für die kleine Werbeeinblendung für die Jungfreisinnigen danken. Es ist tatsächlich so, dass Ende nächsten Jahres die Möglichkeit bestehen wird, eine bessere Förderung der Staatskunde und der staatspolitischen Bildung zu erzielen. Das Komitee der Staatskundeinitiative, zu welchem ich auch gehöre, hat ganz offiziell den Auftrag von den Jungfreisinnigen bekommen, jetzt endlich nicht mehr länger zuzuwarten. Man sieht nämlich, dass der Lehrplan 21 ein Rohrkrepierer ist und immer weiter hinausgeschoben wird. Deshalb nützen wir die Chance und sagen, dass wir die staatspolitische Bildung fördern und die Initiative zur Abstimmung bringen wollen. Aus diesen Gründen lehnen wir den Abänderungsantrag ab. Wir weisen darauf hin, dass es in Zukunft Möglichkeiten geben wird, eine gesamtkantonale Förderung zu machen, und zwar nicht nur auf Kantons- und Berufsschulebene, sondern schon vorher, wenn die Prägung und das Interesse für das gesamte Erwachsenenleben beginnen.

Beat Krättli: Die Förderung einer hohen Stimmbeteiligung wäre sicher wünschenswert, und zwar nicht nur bei Jugendlichen, sondern in allen Altersklassen. Die Budgetzäsur ist aber vordringlich. Wir finden, dass easyvote durchaus ein attraktives Projekt ist. Wir schliessen uns

aber vollumfänglich der stadträtlichen Argumentation an. Wenn das durchgeführt werden soll, kann man das im Rahmen der ordentlichen Produktegruppe 03 machen. In diesem Sinne möchten wir eine Ablehnung des Antrages beliebt machen.

Lukas Häusermann: Auch ich möchte noch schnell die Gelegenheit nutzen, kurz zu begründen, weshalb wir der Argumentation des Stadtrates folgen werden. Es ist in der Tat etwas störend, dass das Projekt nur auf Kantons- und Bundesebene ausgelegt ist. Die Stadt wird entsprechend nicht berücksichtigt. Wir sehen auch nicht unbedingt den Nutzen dabei, wenn das nachher physisch als Papier ins Haus kommt. Wir würden es aber durchaus begrüssen, wenn die Stadt zumindest den Link auf diese Webseite aktiv kommunizieren würde. Mir ist da spontan noch die Idee gekommen, dass das eventuell auch auf ein Abstimmungskuvert gedruckt werden könnte. Ich bin nicht ganz sicher, ob das nur die Personen zwischen 18 und 25 Jahren interessiert, denn ehrlich gesagt ist es für mich auch nicht immer sehr attraktiv, diese Abstimmungsbüchlein zu lesen. Da habe ich heute also auch wieder etwas gelernt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag zur PG 03 von Gabriela Suter, SP, und Petra Ohnsorg, Grüne:

Der Abänderungsantrag von Gabriela Suter, SP, und Petra Ohnsorg, Grüne, wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei den Produktegruppen 04, 05, 10, 12, 13, 14, 15, 17 und 20 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 20 liegen zwei **Abänderungsanträge** von der **FGPK** und von der **SVP-Fraktion** vor mit folgendem Wortlaut:

Antrag FGPK:
Die wiederkehrenden Beiträge sollen um 5 %, d.h. um Fr. 66'000.- erhöht werden. Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission über diesen Betrag verfügen können.

Antrag SVP-Fraktion:
Das Auszahlungsvolumen 2015 für die Beitragsempfänger (beinhaltet die drei Kategorien Einmalige Beiträge, Wiederkehrende Beiträge und Andere Beiträge) sei auf dem Niveau des bewilligten Budgets 2014 zu plafonieren und folglich unter der Kostenstelle 36, Transferaufwand, eine Gesamtsumme von Fr. 1'420'000.- zu bewilligen.

Ulrich Fischer: Das Budget 2015 ist diszipliniert und übernimmt die Zahlen vom Jahr 2014. Dazu gibt es im Einwohnerrat einen Konsens, egal, wie wir die Zahlen im Einzelnen bewerten. Erst mit dem Budget für das Jahr 2016 können Effekte von Stabilo 2 beurteilt und umgesetzt werden. Wieso jetzt plötzlich ein Erhöhungsantrag für den Kulturbereich, der dieser Disziplin widerspricht? Verschiedene Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind von Kulturschaffenden und Institutionen angesprochen worden, ob und welche Budgeterhöhungen möglich seien. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Einwohnerrates, einzelne Projekte zu beurteilen und dem Stadtrat zur Förderung vorzuschlagen. Dies ist Aufgabe der Kulturkommission. Der Betrag soll den Stadtrat befähigen, in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission mehr Spielraum in der Kulturförderung zu haben. Dabei soll die Kompetenz beim Stadtrat bleiben. Es wäre auch möglich, dass der Betrag nicht oder kaum genutzt wird. Die beantragte Erhöhung

der wiederkehrenden Beiträge um 5 %, d.h. um 66'000 Franken, ist eine Anomalie im Budget, eine Anomalie, welche zur Regelhaftigkeit dazu gehört oder diese gerade unterstützt. Diese Anomalie ist aber ein verschwindend kleiner Betrag. Wer diesem Antrag zustimmt, setzt ein Zeichen für die Kulturstadt Aarau. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die Antragsstellenden haben die Möglichkeit, ihre Anträge zuerst zu begründen. Danach wird der Stadtrat seine Antwort zu beiden Anträgen vorbringen, bevor wir in die Detaildebatte einsteigen. Anschliessend werden wir die beiden Anträge einander gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt dann in die Schlussabstimmung.

Susanne Heuberger: Sie haben von der SVP-Fraktion einen Abänderungsantrag auf Plafonierung der Produktegruppe 20 erhalten. Es geht dabei um die Beitragsempfänger und nicht um die ganze Budgetsumme. Der Transferaufwand soll auf dem letztjährigen Betrag plafoniert werden. Ulrich Fischer hat vorhin gesagt, man habe die Zahlen vom Budget 2014 einfach übertragen. Bei der PG 20, Kultur, stimmt das nicht. Dort ist eine Erhöhung enthalten. Dies einfach voraus einmal. Ich habe Ihnen drei Begründungen geliefert, weshalb wir denken, dass eine Plafonierung auf dem letztjährigen, hohen Niveau zu verantworten ist. Als erstes habe ich das fehlende Kulturkonzept aufgeführt. Das Kulturkonzept ist etwas weiter, als bei der letztjährigen Budgetdebatte, aber noch nicht abgesegnet. Wie ich auch geschrieben habe, steht der Entwurf im Moment im Vernehmlassungsverfahren. Ich glaube, dass dieses Verfahren Ende diesen Monat abläuft. Ich denke, es dauert noch eine Weile, bis es dann definitiv zur Verabschiedung vorliegen wird. Das Kulturkonzept, auf welches wir schon lange warten und welches uns ursprünglich bereits auf Sommer 2013 versprochen worden war, soll unter anderem die Förder- und Zuwendungskriterien definieren. Genau das ist nicht vorhanden, und zwar seit langer Zeit nicht. Deshalb sieht es so aus, wie es jetzt in der PG 20 aussieht: Seit Jahren wurde diese PG einfach konzeptlos aufgestockt. In der zweiten Begründung ist es für uns klar, dass ohne griffige Vergabekriterien und definitive Förderrichtlinien erneute Beitragsanpassungen schlichtweg nicht opportun sind, also genau solche, welche der Stadtrat mit dem Budget 2015 vorlegt. Der Stadtrat will den Beitragsempfängern schlussendlich 55'000 Franken mehr sprechen, als noch im letzten Jahr. Die dritte Begründung ist mir ganz wichtig, weshalb ich sie extra mit Zahlen dokumentiert habe. Für all jene, welche immer wieder sagen, die Kultur friste in Aarau ein Schattendasein und erhalte zu wenig Mittel, widerlegt die dritte Begründung solche Falschaussagen deutlich. Die Produktegruppe Kultur verzeichnet ein eklatantes Kostensteigerungswachstum, und zwar ohne, dass man einfach wieder 5 % darauf buttert, wie das Ulrich Fischer vorhin gewünscht hat. Allein in den letzten 6 Jahren sind die Beitragszahlen um 34,6 % gestiegen. Sie können das selber ausrechnen, das sind fast 300'000 Franken. Wenn man jetzt davon ausgeht, dass die Beiträge vom Budget 2015, welche ich noch nicht einmal eingerechnet habe, noch einmal 55'000 Franken ausmachen, würde sich der Kulturförderungsbeitrag noch einmal massiv erhöhen, gar nicht davon zu sprechen, was Ulrich Fischer noch dazu gefordert hat. Wir estimieren alle Bemühungen, welche in der Kultur geleistet werden und es geht uns nicht darum, mit diesem Antrag den Wert der Kultur und derjenigen Personen, welche sich im Bereich Kultur engagieren, zu mindern. Was wir aber anprangern, ist die ewige Fördermentalität und das ewige nicht Zufriedensein. Man meint, was man einmal gehabt habe, bleibe immer so und nächstes Jahr gäbe es dann gleich noch ein bisschen mehr. Wenn man sieht, auf welche Budgetzahlen wir heute Abend schauen müssen und der Stadtrat ja auch gesagt hat, er sei nicht zufrieden mit dem Budget, haben wir uns gefragt, ob er es dann nicht hätte zurückziehen müssen oder ob wir es zurückweisen müssten. Wir sind der Meinung, dass es sich gleich bei der PG 20, Kultur, ja um eine freiwillige PG handelt. Das sind wirklich diejenigen Produktegruppen, bei welchen wir eigenverantwortlich

Einfluss nehmen können. Genau dort ist auch wichtig, dass wir es tun, und zwar nicht erst mit Stabilo 2 oder wenn das Kulturkonzept endlich vorliegt. Wir sind gespannt auf das Kulturkonzept. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Plafonierung auf dem letztjährigen Niveau absolut gerechtfertigt ist. Der Stadtrat liegt falsch, wenn er dieser Produktegruppe von sich aus wiederum mehr Mittel zur Verfügung stellt. Es sind insbesondere die Theatertage, welche mehr Gelder erhalten sollen und auch die Sommerbespielung der Reithalle. Es ist eine kleine Reduktion bei der Musig i de Altstadt enthalten. Das ist aber logisch, denn es wurde bereits letztes Jahr gesagt, es sei ein Sonderbetrag, welcher im letzten Jahr ausgerichtet worden ist. Für uns ist es so, dass es bei den Beitragsempfängern v.a. um die Theatertage geht. Die Theatertage sollen viel mehr Geld erhalten als im letzten Jahr. Bei den Theatertagen an vorderster Stelle engagiert ist unser Einwohnerrat Hans Fügli. Wir sind deshalb der Meinung und erwarten, dass Hans Fügli und allenfalls andere Personen, welche hier Beiträge beziehen und Eigeninteressen haben, bei der Abstimmung zwingend in den Ausstand treten müssen. Andernfalls müssten wir das anfechten.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Der Kulturbereich ist natürlich immer ein wichtiger Bereich, wenn es um die Budgetsituation geht. Ich verstehe einen erheblichen Teil der Diskussionen, welche in den letzten Jahren geführt worden sind. Man kann sicher sagen, dass der Kulturbereich in den letzten Jahren nicht mehr gewachsen ist. Deshalb kann man natürlich beim ersten Punkt, welchen Susanne Heuberger angeführt hat, so argumentieren, wenn man auf ein Jahr zurückgeht, welches 5, 6, 7 oder 12 Jahre zurückliegt. Der Stadtrat hat den Fokus insbesondere auf die letzten vier Jahre gelegt. Vor vier Jahren haben wir in einer Aktion im Einwohnerrat, bei der ich selber auch noch dabei gewesen bin, alle freiwilligen Beiträge, also die Produktegruppen 20, Kultur, 26, Sport, und 43, Subventionen/Beiträge, um 5 % gekürzt. Wenn man heute die in der PG 20 aufgelisteten Beiträge anschaut, sind diese 5 % an den meisten Orten exakt gleich noch drin enthalten, so z. B. bei Musig i de Altstadt mit 9'500 Franken. Man hat die damaligen 10'000 Franken im Jahr 2010 um 500 Franken reduziert. Insgesamt macht die Produktegruppe 20, Kultur, rund 1 % des städtischen Umsatzes aus. Auch das ist stabil geblieben. Wenn man die Gesamtkosten seit 2010 anschaut, und ich gehe absichtlich auf dieses Jahr zurück, in welchem man den angesprochenen Eingriff vom Einwohnerrat gemacht hat, ist die Gesamtsumme bis Ende 2013 um 4,8 % gewachsen. Das ist eine von den ganz wenigen Produktegruppen, welche im Schnitt nur 1 % Ausgabewachstum bei Beiträgen hat. Man darf nicht vergessen, wenn man das heutige Budget anschaut, dass es ein Zwischenjahr und eben ein Übergangsbudget ist, welches niemanden befriedigen kann. Die vier Produktegruppen, welche im Eingangsreferat richtigerweise angesprochen worden sind, nämlich die PG's 20, 21, 22 und 23, sind im neuen Kulturkonzept, welches vom Stadtrat verabschiedet und jetzt in der Vernehmlassung ist, enthalten. Man darf bei all diesen Kulturbereichen aber festhalten, dass sie das erste Mal weniger Budgetsumme gemeinsam verschlingen, als in den letzten Jahren. Das liegt primär an zwei Sachen: Es liegt daran, dass man beim KUK weniger als in den letzten Jahren budgetiert hat, weil man näher an der realen Rechnung dran ist. Es liegt auch daran, dass beim Schlössli mit der Eröffnung auch gewisse Einnahmen generiert werden, welche man in den letzten Jahren eben nicht hatte. Deshalb ist für den Stadtrat der Antrag, dass man jetzt den Kulturbereich wieder einseitig mit 5 % erhöht oder einzelne Beträge davon wieder herausstreicht, nicht ganz richtig und auch nicht ganz ausgewogen. Wenn man anschaut, was die einzelnen Produktegruppen an zusätzlichen Ausgaben oder Kostenentwicklungen hatten, so liegen sie bei der PG 20, wie gesagt, mit 4,8 % seit 2010 oder 1 % pro Jahr sehr tief. In der PG 21, Schlössli oder Stadtmuseum Aarau, wie es jetzt dann heisst, liegen wir bei 25 % wegen der Ergänzung mit dem Neubau. Das ist eine andere Grössenordnung. Beim KUK sind wir auch bei 3 %. Das ist wenig, und zwar wegen der Reduktion, die

wir hatten. Bei der Stadtbibliothek sind wir bei ungefähr 10 %. Man sollte das schon etwas als Paket anschauen. Das ist ja auch das Ziel des Kulturkonzeptes, in welchem diese Sachen aufgenommen worden sind. Susanne Heuberger hat gesagt, dass keine Vergabekriterien vorhanden und die Vergaben völlig intransparent seien. Das ist sicher nicht so. Wenn man auf die Homepage der Stadt geht, sieht man bei den Zielen der Kulturförderung ganz klar, dass es zwei Institutionen gibt, welche diese Gesuche prüfen. Man sieht auch, nach welchen Kriterien das geschieht. Die Kulturstelle prüft die formalen Kriterien. Das ist auf einer Seite zusammengefasst. Es braucht einen Projektbeschrieb, Kurzbiographien, ein klares Budget mit Honorar, Werbung usw. und einen Finanzierungsplan. Bei Beitragsgesuchen für Gastspielveranstaltungen braucht es reservierte Räume in Aarau, sonst erhält man keinen Beitrag. Es braucht eine Angabe zur Höhe und Form des gewünschten Beitrags. Das sind die Grundkriterien, welche 1997 beim ersten Kulturkonzept erstellt worden sind. Das war der Kulturbericht. Diese Kriterien sind seit damals in Kraft und werden von der Kulturstelle so überprüft. Dann gibt es qualitative Kriterien. Diese werden von der Kulturkommission geprüft. Dort haben wir auch eine Liste. Natürlich sind das zum Teil weichere Kriterien, welche dann mit entsprechenden Fachpersonen angeschaut werden. Mit ihnen werden die einzelnen Bereiche überprüft und beantragt. Die Kriterien sind Relevanz, Kontinuität, Resonanz, Professionalität, Innovation und Budgetierung. Wenn jemand kein Budget liefern kann, erhält er auch keinen Beitrag. Ich denke, das sind die Sachen, welche man schon anschauen muss, wenn man etwas salopp sagt, es sei konzeptlos und man irre da bei der Budgetierung etwas herum. Das ist im Kulturbereich nicht so. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass der von der FGPK eingebrachte Abänderungsantrag für eine Erhöhung um 5 % im Kulturbereich im Moment auch ein falsches Zeichen wäre. Nebst den freiwilligen Beiträgen im Kulturbereich, welche eben richtigerweise freiwillig sind, haben wir auch einen freiwilligen Beitrag im Sport und bei den Subventionen bzw. anderen Beiträgen. Konsequenterweise müsste man dann auch dort etwas machen. Ich denke wirklich, dass es im Rahmen von Stabilo 2 jetzt nicht der richtige Zeitpunkt und auch nicht die richtige Richtung dafür ist. Susanne Heuberger hat von Kürzen und Einfrieren bei dieser PG 20 gesprochen. Das unterstützt der Stadtrat ebenfalls nicht. Es gibt bei der von Frau Heuberger angeführten, scheinbar massiven Erhöhung bei den Theatertagen eine Begründung, welche auf der Seite 43 erläutert ist: Die Theatertage haben ein ganz neues Konzept. Wir haben das angeregt und als positiv befunden, und zwar auch in der Kulturkommission. Das Konzept geht davon aus, dass die Theatertage alle zwei Jahre durchgeführt werden sollen. In den vergangenen Jahren haben wir, so glaube ich, jedes Jahr 58'000 Franken im Budget gehabt für die Theatertage. Das wird jetzt auf zwei Jahre verteilt. Wir haben jetzt extra einen Vertrag aufgesetzt, bei dem wir ihnen 100'000 Franken geben, weil die Theatertage im nächsten Jahr stattfinden. Die nächsten 20'000 Franken sind dann im Jahr 2016 als Defizitgarantie im Budget enthalten. Dann wird dieser Beitrag an die Theatertage auf 20'000 Franken zurückgehen, so wie er 2015 bei Musig i de Altstadt von 17'200 Franken auf 9'500 Franken zurückgeht. Das muss man wirklich klar sehen. Es ist eine Entwicklung, welche wir vom Stadtrat unterstützen, denn es ist eine Entwicklung in die richtige Richtung. Es ist weniger, wird aber konzentrierter und professioneller gemacht. Im Bereich der Theatertage sollen auch mehr Personen angesprochen werden. Es ist richtig, dass häufig auch alles fragmentiert ist in den einzelnen Bereichen, wenn man diese Liste anschaut. Es ist wiederum ein Anliegen des Kulturkonzepts, diese Aspekte zusammenzubringen. Deshalb müssen wir im Rahmen der nächsten 6 oder 12 Monate diese Förderrichtlinien überprüfen. Das ist das Anliegen und Schwergewicht der Umsetzung mithilfe von Äusserungen aus der Bevölkerung und der Politik, um im Rahmen dieser Vernehmlassung eben auch steuern zu können. Ich möchte noch einen Punkt ergänzen, welchen man bei diesen freiwilligen Beiträgen nicht vergessen darf: Wir haben heute schon gehört, dass die Stadt ja ein grosses Investitionsvolumen vor sich hinschiebt, bei wel-

chem viele Massnahmen getroffen werden müssen. Die Beiträge der Kulturförderung bringen keine Folgekosten. Wir haben keine Abschreibungen auf diesen Kosten. Mit diesen Beiträgen für die Kultur, den Sport, für Subventionen oder freiwillige Beiträge an andere Institutionen wirken wir als Multiplikator. Mit den heute gar nicht angesprochenen Beiträgen von 115'000 Franken für Projekte unterstützen wir im Schnitt etwa 60-80 einzelne Veranstaltungen. Alleine diese Beiträge führen nur durch die Organisatoren dieser unterstützten Veranstaltungen zu einem Umsatzvolumen in der Stadt in der Grössenordnung von 2,5 Mio. Franken. Wir haben also den Faktor 20 durch Beiträge, welche uns keine Folgekosten bereiten und welche im Übrigen wirklich auch seit Jahren stabil sind. Das waren einige Ausführungen zum Bereich Kultur, welcher in starker Bewegung ist, in welcher wir grosse Herausforderungen haben und wo wir mit dem Kulturkonzept einen Rahmen legen wollen, um das mittel- und längerfristig stabilisieren zu können. Wir wollen auch sicherstellen, dass wir ein gutes Kulturangebot haben. Der Stadtrat empfiehlt beide Abänderungsanträge in diesem Sinne zur Ablehnung, sowohl den einen von der FGPK mit einer Erhöhung um 66'000 Franken im Budget 2015, wie auch denjenigen von Susanne Heuberger, welche den Betrag einfrieren möchte. Es geht hier um die Flexibilisierung eines Beitragsvolumens, welches netto nicht steigt, wenn man die Jahre miteinander vergleicht.

Markus Hutmacher: Ich habe Susanne Heuberger bis jetzt als harte, aber faire Politikerin wahrgenommen. Was sie jetzt aber hier macht, erinnert mich ganz stark an gewisse Statistikmethoden, welche die SVP auch schon eingesetzt hat. Sie zeigt uns hier 34 % Aufwandssteigerung auf, unterschlägt aber oder deklariert nicht, dass genau im Jahr 2009 Rohr in Aarau integriert wurde. Wenn man jetzt den Betrag durch die Einwohnerzahl teilt, kommt man bei 16'000 Einwohnern, welche Frau Heuberger für das Jahr 2009 ausweist, auf knapp 66 Franken. Wenn man den Betrag von heute von 1,42 Mio. Franken durch die heutige Einwohnerzahl von 20'000 teilt, kommt man auf 71 Franken. Ich finde das wirklich nicht mehr ganz fair, wenn man auf eine solche Art versucht, das Parlament zu manipulieren.

Susanne Heuberger: Es liegt mir fern, das Parlament zu manipulieren. Wenn Markus Hutmacher sagt, ich wälze hier die Statistik, dann hat er Recht. Das braucht es nämlich. Wenn man sagt, Rohr sei noch nicht dabei gewesen, gehe ich vom Jahr 2009 aus. Ich bin der Ansicht, und ich glaube, das sind wir alle, dass Rohr seit 2009 oder 2010 zu Aarau gehört. Das ist ja nur ein Jahr. Jürg Schmid kann mir vielleicht als Präsident der Finanzkommission kurz sagen, wie gross dass die Beiträge von Rohr ungefähr gewesen sind.

Jürg Schmid: Als einzelnen Beitrag war der Betrag von 7'500 Franken für die Musikgesellschaft Rohr enthalten.

Susanne Heuberger: Ich möchte noch eine kurze Replik zur Aussage von Stadtrat Hanspeter Hilfiker machen: Er hat von den vorhandenen Förderkriterien gesprochen. Es ist mir bekannt, dass es Förderkriterien gibt, aber diese sind jetzt noch nicht im Kulturkonzept verabschiedet und dem Einwohnerrat vorgelegt. Ich bin selber Präsidentin und Mitglied eines kulturellen Vereins in Aarau. Mit den Mechanismen im Bereich Kultur bin ich sehr wohl und Gott sei Dank auch sehr gut vertraut. Ich darf aber auch sagen, dass ich keine Interessensbindung habe. Wir sind nicht Empfänger dieser jährlich ausgerichteten Beiträge. Stadtrat Hilfiker hat unter anderem gesagt, in diesen Förderkriterien, welche schon bestehen, würden Budgets verlangt. Von mir aus gesehen, und das ist etwas, was auch ins Kulturkonzept einfliessen muss, braucht es nicht nur ein Budget von einem Anlass, den man durchführen will, sondern auch ganz klar aussagekräftige Rechnungslegungen dieser einzelnen Vereine und Institutionen, in

welchen man auch sieht, woher sie das Geld haben, wieviel sie erwirtschaften und wieviel Defizit sie machen. Ein Budget alleine sagt für mich in diesem Sinne noch nichts aus und ist auch nicht vollständig. Herr Hilfiker hat die Theatertage erwähnt. Dazu möchte ich auch noch kurz etwas sagen. Ich weiss selber nicht, wie das Konzept aussieht, aber ich weiss, dass eines besteht. Man hat in diesem Konzept gesagt, dass die Theatertage nur noch alle zwei Jahre durchgeführt werden. Ich bin der Meinung, wenn etwas nur noch alle zwei Jahre und nicht mehr jedes Jahr stattfindet, nicht gleich viel kostet. Vielleicht rechne ich etwas falsch, aber von dem geht der Stadtrat aus, wenn er diese Beiträge anhebt. Er relativiert dann zu Unrecht, wenn er sagt, im nächsten Jahr seien dann die Beiträge, und das können wir lesen, nur noch 20'000 Franken. Meine lieben Leute hier im Saal, ich frage mich, weshalb es noch 20'000 Franken braucht, wenn etwas nicht stattfindet. Es ist mir einfach schleierhaft, wie man sich hier ein Konstrukt zusammenbastelt, damit man solche Sachen begründen kann. Von den Theatertagen 2010 sind keine Zahlen verfügbar, wie viele Besucher dort dabei waren. Im Jahr 2011 waren es ca. 3'600. Diese Zahlen habe ich aus den letzten jeweiligen Rechnungen. 2012 waren es nur noch ca. 2'200 Besucher und im Jahre 2013 fanden die Theatertage nicht statt. 2014 hat man Theatertage light konstruiert. Da ist mir nicht ganz klar, was da "light" gewesen ist. Man hat nämlich praktisch gleich viel Geld bezogen, und sonst muss mich Madeleine Schweizer korrigieren, wenn da nicht so viel wie budgetiert ausbezahlt worden ist, wie wenn es eine reguläre Version gewesen wäre. Jetzt hat man mit dem neuen Konzept vermutlich einfach gesagt, man mache es alle zwei Jahre und es koste halt einfach gleich viel, wie vorher jedes Jahr. So kann es einfach nicht gehen. Genau deshalb ist es uns ein Anliegen, dass diese Beiträge plafoniert werden, und zwar mindestens so lange, bis das Kulturkonzept und Stabilo 2 vorliegt. Das ist wirklich eine Produktegruppe, welche gestiegen ist, auch wenn Hanspeter Hilfiker sagt, das sei nicht so. Wenn wir das Schlössli, das KUK oder die Stadtbibliothek anschauen, so steigen diese alle mehr als diese Prozentzahlen, welche uns gesagt werden. Wenn wir das Stadtmuseum nehmen wollen, so wissen wir, dass das in nächster Zeit wieder massiv steigen wird. Vom OXER sprechen wir gar nicht. Das gehört dann auch noch in die Kulturgruppe, für die, welche das noch nicht gemerkt haben. Ich möchte dringendst beliebt machen, unseren Antrag auf Plafonierung anzunehmen.

Peter Roschi: Ich bin selber Kulturschaffender und muss das Votum von Hanspeter Hilfiker unterstützen. Jeder Franken, der in die Kultur investiert wird, kommt als Mehrfaches wieder zurück. Das ist so, ob man es wahrhaben will, oder nicht. Ich möchte gleich vorneweg sagen, dass die CVP beide Abänderungsanträge ablehnen wird. Wir sind der Meinung, dass es so beibehalten werden kann. Ich habe die Unterlagen dieser Produktegruppe etwas genauer studiert. Da muss ich halt doch Susanne Heuberger etwas Recht geben. Wenn ich z. B. einmal bei den Musikgesellschaften hinschaue, dann fällt mir auf, dass die Musikgesellschaft Rohr mit 18 Musikanten gemäss Homepage mit 7'600 Franken unterstützt wird. Das macht pro Mitglied also 422 Franken. Die Musikgesellschaft Harmonie Aarau – und jetzt muss man aufpassen – mit 16 Musikanten erhält 15'900 Franken. Das macht pro Mitglied 993 Franken. Die machen haargenau dasselbe wie die Musikgesellschaft Rohr. Die Stadtmusik Aarau mit 63 Mitgliedern erhält 23'500 Franken, pro Mitglied 373 Franken. Ich frage mich schon, wo denn da das Konzept für die Blasmusikförderung ist. Ich muss jetzt sagen, und da spreche ich etwas gegen mich, dass man hier auch die Kadettenmusik dazu nehmen müsste. Da sind wir noch einmal mit über 120'000 Franken dabei. Wenn man das zusammenrechnet, gibt die Stadt Aarau 170'000 Franken für die Blasmusik aus. Ich habe nachgeschaut: Es gibt in der ganzen Schweiz niemanden, der so viel Geld ausgibt für diesen Teil. Da frage ich mich schon, wo das Konzept ist, dass die eine Musik so viel Geld und z. B. Rohr so viel weniger bekommt. Ein Kriterium ist scheinbar, dass man keine kommerziellen Anlässe unterstützen soll. Das finde

ich auch gut in der Kultur. Man soll diejenigen Anlässe unterstützen, welche es auch wirklich nötig haben. Da haben wir z. B. Musig i de Altstadt. Dieser Anlass wird mit 9'500 Franken unterstützt. Weshalb sind sie auf die 9'500 Franken angewiesen? Das ist so, weil sie keinen Eintritt verlangen wollen. Deshalb hat ihnen das Kuratorium die Gelder gestrichen. Das Kuratorium hat das Kriterium, dass Kultur etwas Wert sei und etwas kosten dürfe. Man müsse irgendwo ein wenig Eintritt generieren. Musig i de Altstadt verzichtet darauf. Ich war zweimal an diesem Anlass. Ich habe versucht, einen solchen Pin zu bekommen, habe es aber nicht geschafft. Niemand war da und man konnte keinen solchen kaufen, es war unmöglich. Da frage ich mich dann schon, ob es Aufgabe der Stadt Aarau ist, einen solchen, überregionalen Anlass zu unterstützen, wenn keine der umliegenden Gemeinden einen Franken daran gibt. Ich bin im Bus Richtung Küttigen heimgefahren. Der Bus war gestossen voll mit Leuten aus Küttigen. Die geben aber nichts daran. Ich bin sofort dafür, dass man Musig i de Altstadt mit einem guten Beitrag unterstützt, sodass sie ein super Programm machen können, aber man sollte ihnen von der Kulturkommission her endlich einmal sagen, sie müssten etwas Weniges an Einnahmen generieren. Da frage ich mich schon, was dahinter steht und wo das Konzept ist. Das sind meine Ausführungen zu dieser Produktegruppe. Ich hoffe schon, dass es in Zukunft irgendeinmal ein Konzept zur Blasmusikförderung gibt. Ich darf das auch immer wieder selber erleben: Bei mir heisst es immer, wenn ich bei der Kulturkommission einen Anlass eingebe, ich sei kommerziell und kommerzielle Anlässe würden nicht unterstützt.

Martina Suter: Ich nehme zuerst Stellung zum Abänderungsantrag der FGPK um eine Erhöhung von 5 % bei der PG 20: Es hat so gut getan, von Peter Roschi als Kulturschaffender ein solches Votum zu hören. Auch wir von der FDP haben den Eindruck, dass es in dieser Produktegruppe nie genug sei. In der Produktegruppe Kultur kann budgetiert werden, was will, aber es reicht der Ratslinken nie. Dieser Antrag steht zudem auch quer in der aktuellen politischen Debatte. Stabilo 2 ist beschlossen, die Präsentation der Ergebnisse steht bevor und so gibt es keinen Grund, weshalb in einer einzigen Produktegruppe die vor vier Jahren beschlossene, fünf prozentige Kürzung wieder rückgängig gemacht werden soll. Beim Steuerfuss wird von der Ratslinken jeweils auf das Kantonsmittel verwiesen, wenn Argumente für eine Erhöhung ins Feld geführt werden. Meine Damen und Herren: Bei der Kultur sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Aarau am obersten Ende im kantonalen und im obersten Drittel im nationalen Quervergleich. Warum zählt das hier nicht? Mich ärgert es ungemein, dass immer wieder lamentiert wird, dass in Aarau wenig bzw. zu wenig ausgegeben werde im Kulturbereich. Diese Aussage ist schlicht falsch, denn die Fakten sprechen klar dagegen, wie auch immer man die Statistik ansieht. Nur schon die Aussagen über diese Quervergleiche sprechen für sich. Wer es nicht glaubt, kann bei der städtischen Kulturstelle nachfragen. Die FDP wird den Antrag der FGPK einstimmig ablehnen. Wir werden auch den Abänderungsantrag der SVP ablehnen, obwohl wir grundsätzlich eine Plafonierung der einmaligen Beiträge unterstützen. Da es sich aber beim Beitrag für die Theatertage um eine zweijährige Veranstaltung handelt, im nächsten Jahr die 20'000 Franken als Defizitgarantie im Budget eingestellt sind und unser Stadtrat uns hoch und heilig versprochen hat, dass es dann bei diesen 20'000 Franken bleibt im nächsten Jahr, bedeutet das für uns in diesem Sinne eine Plafonierung der Beiträge. Deshalb können wir dem stadträtlichen Antrag zur Produktegruppe 20, wie sie ist, zustimmen. Wir werden beide Abänderungsanträge ablehnen.

Simon Burger: Ich möchte mich eigentlich nicht zur Frage äussern, wieviel Geld man der Kultur zur Verfügung stellen soll. Mir geht es um einen anderen Punkt, welchen Susanne Heuberger aufgeworfen hat. Mir scheint es wichtig zu sein, dass die Interessensbindungen offen gelegt werden und dass vor allem keine Personen abstimmen, welche ein Interesse am

Ausgang haben oder bei denen Ausstandsgründe vorliegen. Der Ausstand ist in § 19 der Gemeindeordnung geregelt. In Abs. 1 ist vorgesehen, dass Personen, welche ein persönliches Interesse am Ausgang einer Abstimmung haben, in Ausstand treten müssen. Das sind natürlich einerseits Leistungsbezüger, aber anderseits sind das meines Erachtens auch Personen, welche sich für entsprechende Institutionen engagieren. Dasselbe gilt für Partner von entsprechenden Mitgliedern von Einwohnerräten, wie auch von Kindern und Eltern. § 19 Abs. 2 sieht auch vor, dass Mitglieder von Organen in Ausstand treten müssen. Das würde bedeuten, wenn ein Einwohnerrat im Vorstand einer entsprechenden Institution wäre, müsste er entsprechend in Ausstand treten. Dieser Punkt ist bisher vom Ratspräsidium nicht aufgenommen worden. Ich ersuche deshalb, diesen Punkt ordentlich abzuklären. Ich schlage vor, dass man dies mit einem Einzelaufruf tut und eine Bestätigung von jedem Mitglied des Einwohnerrates einholt, dass hier keine Interessensbindung vorhanden ist. Der Antrag ist also abzuklären, inwieweit Interessensbindungen vorliegen bzw. inwieweit eben Ausstandsgründe bei einzelnen Mitgliedern vorliegen. Mein Antrag ist, dass einzeln jedes Mitglied gefragt wird, ob eine Interessensbindung vorhanden ist, ja oder nein. Wir sind jetzt hier bei dieser Vorlage, wo es um Kulturförderung geht. Darum geht es mir.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Das Ratsbüro hat kurz über diese Frage getagt. Wir sind zur Meinung gekommen, dass in diesem Fall kein Ausstand angesagt ist, und zwar deshalb, weil es bei den Anträgen sowohl der FGPK, wie auch der SVP um eine Erhöhung bzw. Senkung des Globalbudgets handelt. In § 19 Abs. 2 heisst es: "Für Mitglieder von Personengesellschaften gilt die gleiche Ausstandspflicht, wenn ein Verhandlungsgegenstand die Interessen der von ihnen vertretenen Gesellschaft unmittelbar berührt." Weil es sich um ein Globalbudget handelt und die Kulturkommission die Gelder verteilt, tangiert das einander aus unserer Sicht nicht. Deshalb werden wir nicht auf den Antrag eingehen und die Debatte weiterführen.

Hans Fügli: Es ist klar, dass ich jetzt als Musterbeispiel herzitiert worden bin. Vielleicht hat es hier in diesem Saal noch viele andere Personen, welche sich als Mitglieder des Einwohnerrates im kulturellen Bereich engagieren. Einige vielleicht zum Nulltarif wie ich auch. Wir stellen etwas auf die Beine, das der Stadt Aarau zu Gute kommt. Es ist nicht etwas, das ich erfunden habe. Es ist mir angetragen worden. Ich fand es schade, wenn man es nicht mehr tun würde. Es ist etwas, das wirklich den Aarauerinnen und Aarauern nachher zu Gute kommen soll. Man kann etwas schauen gehen. Es wird sogar etwas an Eintritt verlangt. So könnten wir versuchen, auch vom Kuratorium noch einen Beitrag zu erhalten. Es gibt viel Arbeit und es steckt viel Engagement von vielen dahinter. Ich glaube, viele von Ihnen hier drin haben auch solche Verknüpfungen oder sind in Vorständen. Ich habe vorhin kurz mit Margit Stüssi gesprochen. Sie ist Präsidentin der Stadtmusik. Die Stadtmusik ist ebenfalls eine Bezügerin von Kulturbeiträgen. Ich bin froh, dass das Ratsbüro so entschieden hat und ich im Saal bleiben kann.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Nur noch kurz zu den beiden Voten von Susanne Heuberger und Peter Roschi: Gerade weil sich, wie von Peter Roschi vorgebracht, die Beiträge etwas "einbetoniert" haben und man über Jahre dieselben Beiträge erhalten hat, müssen wir die Förderrichtlinien überarbeiten. Dies ist absolut richtig und ist auch die Stossrichtung des Kulturkonzeptes. Und zum Votum von Susanne Heuberger: Es ist so, dass die Vereinigungen, wenn sie Gelder erhalten möchten, eine Bilanz und eine Erfolgsrechnung ihres Vereins vorlegen müssen. Nur dann erhalten sie auch die Mittel. Wenn das jemand nicht richtig oder unvollständig abliefert, dann gibt es, falls er schon etwas erhalten hat, auch Reduktionen und Abzü-

ge des Betrags, den er oder sie eigentlich hätte erhalten wollen. Da schauen wir wirklich darauf. Es wird auch in Zukunft natürlich noch stärker auf solche Vergabekriterien geschaut werden.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir jetzt zur Ausmarchung dieser beiden Abänderungsanträge. Sie müssen sich für einen dieser beiden Abänderungsanträge entscheiden. Der obsiegende Abänderungsantrag wird anschliessend dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Vorabstimmung über die Abänderungsanträge der FGPK und der SVP-Fraktion zur PG 20, Kultur:

Antrag FGPK	*Die wiederkehrenden Beiträge sollen um 5 %, d.h. um Fr. 66'000.- erhöht werden. Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission über diesen Betrag verfügen können.*	22 Stimmen
Antrag SVP-Fraktion	*Das Auszahlungsvolumen 2015 für die Beitragsempfänger (beinhaltet die drei Kategorien Einmalige Beiträge, Wiederkehrende Beiträge und Andere Beiträge) sei auf dem Niveau des bewilligten Budgets 2014 zu plafonieren und folglich unter der Kostenstelle 36, Transferaufwand, eine Gesamtsumme von Fr. 1'420'000.- zu bewilligen.*	20 Stimmen

Der Antrag der FGPK hat obsiegt.

Abstimmung über den Abänderungsantrag der FGPK:

Antrag FGPK	*Die wiederkehrenden Beiträge sollen um 5 %, d.h. um Fr. 66'000.- erhöht werden. Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission über diesen Betrag verfügen können.*	17 Stimmen
Antrag Stadtrat	*Wiederkehrende Kulturbeiträge in der Höhe von Fr. 1'475'300.-.*	30 Stimmen

Der Antrag der FGPK wird **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei den Produktegruppen 21, 22, 23 und 26 liegen keine Wortmeldungen vor. Zur Produktegruppe 30 liegt eine Wortmeldung vor.

Christoph Waldmeier: Zuerst einmal möchte ich herzlich danken. Ich bin nämlich einer der Profiteure in der PG 30. Die Budgetposten, welche ich brauchen darf, sind realistisch bemessen. Die Aufträge können damit erfüllt werden. Ich habe Zugriff auf verschiedene Konten. Die Beträge sind nicht zu hoch, aber auch nicht zu tief. Es geht gerade auf. Leider sind in der PG 30 die Zahlen zu den Leistungszielen nicht dermassen realistisch bemessen. Beispielsweise würde es mich als Sek- und Reallehrer schon sehr freuen, wenn wirklich nur 45 % an die Bezirksschule gehen würden. Wenn ich die Zahlen nachrechne, komme ich ohne Küttigen, Biberstein und ohne den Stadtteil Rohr auf 57 % Bezirksschüler. Das würde ja heissen, dass wir im nächsten Jahr eigentlich gar niemand an die Bezirksschule schicken dürften. Ich wäre eigentlich sehr froh, wenn man schauen würde, dass diese Zahlen mindestens so gesetzt werden, dass sie real und umsetzbar sind, denn sonst ist das etwas eine Alibiübung. Dass 100 % der Lehrpersonen ein stufengerechtes Lehrerdiplom haben müssen, wird zahlenmässig nie korrekt sein. Ich möchte jetzt nicht näher darauf eingehen, aber es einfach noch einmal erwähnt haben als Grund für die offenen Stellen, denn aus diesem Grund mussten auch schon Personen aus unserer Schule gehen und andere wiederum nicht. Diese Leistungsziele mit ihren Zahlen müssten wirklich noch einmal etwas genauer überarbeitet werden. Deshalb ein Appell an uns alle, dass wir dies in nächster Zeit einmal etwas angehen werden. Ich hoffe, dass mir nach diesem Votum niemand das Budget kürzt. Ich habe ein Interesse, dass das genehmigt wird, aber ich gehe nicht in den Ausstand.

Danièle Zatti Kuhn: Bei der Produktegruppe 31, Musikschule und Kadettenmusik, liegt ein **Abänderungsantrag** von **Christoph Waldmeier, EVP/EW** mit folgendem Wortlaut vor:

Das Klassenmusizieren soll als Pilotprojekt fortgeführt werden. Der Einwohnerrat möge in der PG 31 "Musikschule und Kadettenmusik" einen Zusatzkredit von Fr. 9'000.- für das Jahr 2015 bewilligen.

Christoph Waldmeier: "Ich bin ja sehr dafür, dass jedes Kind Zugang zum Computer hat, aber vielleicht wäre es auch gut, wenn jedes Kind Zugang zu einem Musikinstrument hätte." Dieses Zitat stammt von Otto Schily, dem ehemaligen deutschen Innenminister. Damit wurde eigentlich das Wichtigste beinahe schon zusammengefasst. Leider wurde das Projekt Klassenmusizieren nie als etwas Eigenständiges budgetiert und wurde nun, weil Ensemblelektionen eingespart werden mussten, weggespart. Leider wurden die Betroffenen und v.a. die Lehrpersonen vorher nicht befragt und die bestimmenden Stellen waren wohl zu wenig darüber informiert, dass es dieses Projekt gibt. Ich hoffe, dass mit dieser Vorlage etwas geändert worden ist. Für die Schüler wie auch die betroffenen Lehrpersonen ist es wirklich sehr dumm und unangenehm, wenn mitten im Schuljahr, welches ja nicht gleich wie das Rechnungsjahr ist, ein Anstellungsvertrag abgeändert werden muss. Die Lehrpersonen haben dann einfach per 1. Januar weniger Stunden. Dann müssten die Schüler ihre Instrumente abgeben. Vom Kosten-/Nutzenverhältnis her gesehen werden in diesem Jahr ja 110'000 Franken eingespart. Die 9'000 Franken, welche die Weiterführung, also nicht Erneuerung, dieses Projektes für die Lohnkosten brauchen würde, sind wirklich nicht viel. Ein Ja zu diesem Antrag wäre für verschiedene Personen etwas wie Musik in den Ohren. Aber die Ohren sind wohl am besten für richtige Musik geeignet. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag doch zu unterstützen.

Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege: Der Stadtrat und die Schulpflege sind sich dem Klassenmusizieren bewusst und auch der positiven Auswirkungen, die es haben kann. Das Klassenmusizieren soll aber mit einem Konzept auf eine stabile Struktur gestellt werden. In diesem Konzept sollen nebst dem pädagogischen Mehrwert auch konkrete Aussagen über die

Finanzierung gemacht werden. Deshalb hat die Schulpflege beschlossen, den Budgetantrag für die zusätzlichen Pensen der Musiklehrpersonen zurückzuziehen und als Folge die aktuelle Form des Klassenmusizierens ab nächstem Schulhalbjahr zu sistieren. Die Ausarbeitung des Konzepts für das Klassenmusizieren ist angedacht und die mehrjährige Erfahrung aus dem Tellischulhaus soll dort einfliessen. Das Ziel der Schulpflege ist es, für das nächste Budget einen entsprechenden Antrag für das Klassenmusizieren einzureichen. Der Stadtrat und die Schulpflege empfehlen Ihnen deshalb, den vorliegenden Abänderungsantrag abzulehnen.

Peter Roschi: Ich spreche noch einmal zum Thema Ausstand: Ich beziehe direkt als Chef der Kadettenmusik Lohn von der Stadt. Ich bin auch einer, welcher das Klassenmusizieren im Tellischulhaus initiiert hat. Ich werde mich nicht dazu äussern. Es sind schon ganz viele Sachen gesagt worden. Ich möchte Ihnen einfach noch etwas mit auf den Weg geben, bevor ich in den Ausstand trete, denn ich bin der Meinung, dass ich als Direktbetroffener nicht dazu sprechen und abstimmen möchte: Der Tagesanzeiger vom 2. Oktober 2014 schreibt: "Musizieren steigert die Hirnleistung. Das sei eine gute Übung für die Konzentration, sagt von Werra (das ist die Lehrerin). Musizieren hilft beim Spracherwerb. Und was sie ebenso toll findet: Alle müssen gleich schnell spielen, damit ein schönes Produkt entsteht. Das fördert das Miteinander." Sie können jetzt entscheiden, ob Sie das einfach sofort abbrechen wollen oder ob man sagt, man sei auf dem richtigen Weg, man wolle auf diesem Weg weitergehen und mein Kollege und ich dürften weiterhin zusammen mit diesen engagierten Lehrpersonen im Tellischulhaus unterrichten.

Peter Jann: Unabhängig davon, ob man nun ein Musikgehör hat oder nicht, ob man gerne Musik macht oder nicht, finde ich, dass bei diesem Antrag zu berücksichtigen ist, dass die Lehrpersonen einen Vertrag haben und einen Auftrag bekommen haben, während des ganzen Schuljahres Unterricht zu erteilen und dass man jetzt nach der Hälfte des Weges nicht einfach abbricht und die Lehrpersonen und Kinder stehen lässt. Ich finde das auch kein gutes Zeichen als Arbeitgeber. Ich würde deshalb empfehlen, diesen Antrag anzunehmen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag von Christoph Waldmeier, EVP/EW (Ausstand von Peter Roschi):

Der Abänderungsantrag von Christoph Waldmeier, EVP/EW, wird mit 31 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen **angenommen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei den Produktegruppen 40, 41, 42, 43, 46, 50, 51, 60, 61, 62, 63 und 71 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 72 liegt ein **Abänderungsantrag** von **Thomas Richner, SVP,** vor. Dieser Abänderungsantrag besteht aus drei Anträgen:

Antrag 1:
Die Leistungen des Werkhofes sind wie bisher mit dem internen Kostensatz zu verrechnen.

Antrag 2:
Die Gebühren für Grüngut-Jahresvignetten sind mindestens für Liegenschaften in der Stadt Aarau um mindestens 10 % zu senken.

Antrag 3:
Die Grundgebühren für Werkstoff- und Sonderabfälle sind mindestens für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Betriebe der Stadt Aarau um mindestens 10 % zu senken.

Thomas Richner: Sie haben den Antrag bzw. die drei Anträge sicher gesehen. Nur noch ein paar Gedanken dazu: Ich hatte das Gefühl, dass man versucht, die jahrelangen Überschüsse, welche man bei der Abfallbewirtschaftung hat – im Moment sind es in dieser Kasse über 2 Mio. Franken – in die allgemeine Steuerrechnung zu verschieben und deshalb den externen Kostensatz anwendet. Deshalb haben wir den ersten Antrag formuliert. Zum zweiten Antrag betr. Gebührenreduktion: Seit Jahren versuchen wir den Stadtrat mit Vorschlägen oder Anregungen zu animieren, die hohen Gebühren zu reduzieren. Meine Anträge beziehen sich jetzt einerseits auf die Grüngut-Jahresvignetten, weil das sicher etwas ist, das am einfachsten reduziert werden kann. Im Abfallkalender kann dieser Teil einfach gesenkt werden. Das wäre mindestens für diejenigen, welche in Aarau Steuern bezahlen. Ob man es dann in den Aussengemeinden, welche mitbewirtschaftet werden, auch macht, ist Sache des Stadtrates. Grüngut sollte sicher etwas billiger sein. Wir sind eine Garten- oder Teilgartenstadt. Wir möchten, dass das Grüngut nicht im normalen Kehricht landet, sondern in der Grüngutabfuhr. Der dritte Antrag betrifft die Grundgebühren für Wertstoff- und Sonderabfälle. Dort hat man den Service public reduziert, was ich auch als absolut sinnvoll erachte. Man macht nicht mehr so viele Altmetallsammlungen, weil es ja gar nicht mehr viele Leute hat, die Altmetall an die Strasse stellen. Ich finde es gut, wenn man das reduziert. Man hat auch in Rohr die Sammelstelle reduziert. Bis jetzt konnte dort Abfall, Steine und Altöl abgegeben werden. Jetzt kann man anstatt dieser schweren Sachen Korkzapfen und Kaffeekapseln abgeben. Deshalb denke ich, dass auch in diesem Teil die Gebühren relativ einfach reduziert werden könnten. Die Gebühren der normalen Abfallsäcke könnten so beibehalten werden. Das würde dazu animieren, Separatsammlungen zu machen. Das würde dazu führen, dass man die Werkhöfe, welche ausserhalb rund um Aarau rentieren, mit Sonderabfällen bedient. Somit könnte die Stadt auch etwas sparen.

Regina Jäggi, Stadträtin: Ich komme zuerst zum ersten Thema des internen Kostensatzes. Das hat sich verändert. Es ist so, dass gemäss § 13 Abs. 2 der WOSA-Geschäftsordnung Leistungen der Stadt, welche sie in Konkurrenz zu Privaten erbringt, zu kostendeckenden Preisen angeboten werden. Deshalb werden die Leistungen des Werkhofs zugunsten der Spezialfinanzierungen neu zum selben Ansatz wie an Dritte verrechnet. Wichtig ist auch zu sagen, dass der Überschuss der Erfolgsrechnung 2013, also die 327'870 Franken, kein Überschuss, sondern eine Einlage in die Spezialfinanzierung ist, aus der sämtliche Investitionen finanziert werden müssen. Der Stadtrat hat sich Gedanken über die Abfallgebühren gemacht. Er hat die ganze Rechnung angeschaut. Spannend ist eigentlich, dass wir im Grüngutbereich eher im Minus fahren als im anderen Teil. Das ist vielleicht noch wichtig zu wissen. Die Einnahmen im Abfallbereich werden in den nächsten Jahren trotz vermehrter Bemühungen zur Abfalltrennung weiter steigen. Auf der Ausgabenseite ist aber eben auch eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Ein Grund ist auch die Auflage der SUVA, über welche ich Sie auch schon einmal informiert habe: Hinten auf den Kehrichtfahrzeugen sollten zwei Belader stehen. Das ist bei uns teilweise schon so, aber noch nicht überall. Wir werden auch immer wieder angesprochen, weshalb teilweise nur ein Belader draufsteht. Diese Vorschrift ist eigentlich da und

müsste so befolgt werden. Wir gehen Schritt für Schritt an die Umsetzung. Das bringt aber natürlich auch wieder zusätzliche Kosten. Beladerpersonal zu finden ist übrigens sehr schwierig. Die Sammelstelle im Stadtteil Rohr hat sich zwar verändert, dafür ist diejenige im Werkhof in Aarau erweitert worden. Gleichzeitig sind auch hier die Öffnungszeiten angepasst worden und der Werkhof hat teilweise am Samstag geöffnet. Das kostet ebenfalls. Natürlich darf auch das Investitionsprogramm nicht vergessen werden. Es stehen Neuanschaffungen von Kehrichtfahrzeugen an. Es wurde erst kürzlich eines geliefert, das konnte man sicher sehen. Die anderen müssen auch nach und nach erneuert werden, damit wir auch hier auf dem neuesten Stand sind. Das kostet ebenfalls immer viel Geld. Der Stadtrat hat auch die Abfallgebühren mit den anderen, umliegenden Gemeinden verglichen. Er musste feststellen, dass wir eigentlich in allen Bereichen günstiger sind, als die umliegenden Gemeinden. Nur in Küttigen ist das anders, aber dort werden nicht die vollen Kosten über die Gebühren abgerechnet. Deshalb musste der Stadtrat feststellen, dass es bei der Betrachtung der gesamten Entwicklung des Finanzplans der Abfallbewirtschaftung eigentlich keinen triftigen Grund für eine Senkung der Abfall- und Kehrichtsackgebühren gibt. Es würde alles in allem gesehen vielleicht einen Betrag von fünf oder zehn Rappen ausmachen. Die Auswirkungen für Private, welche Kehrichtsäcke kaufen, wären nicht sehr gross. Es wäre keine grosse Ersparnis. Deshalb muss der Stadtrat sagen, dass die mittelfristige Planung auch zeigt, dass es die heutigen Erträge zur Finanzierung der Investitionen braucht. Etwas ganz Wichtiges ist der Abfallunterricht, welcher in den Schulen stattfindet und welchen ich ganz toll finde. Er wird jetzt übrigens auch im Stadtteil Rohr angeboten und wird rege benutzt. Es ist ein eigentliches Erfolgsmodell. Ich denke, das macht auch Sinn und bringt sehr viel. Aber auch das kostet natürlich etwas. Deshalb muss ich auch sagen, dass der Finanzplan rollend überarbeitet wird. Der Stadtrat wird das Anliegen weiterhin prüfen, aber er ist der Meinung, dass er an seinem Antrag festhalten und keine Veränderungen in diesem Bereich möchte. Zu den Anträgen 2 und 3 ist zu sagen, dass sie so gar nicht gestellt werden können, weil das Bestimmen von Gebühren in die Kompetenz des Stadtrates und nicht des Einwohnerrates fällt.

Ueli Hertig: Ich sage jetzt trotzdem etwas, auch wenn es in der Kompetenz des Stadtrates liegt: Die Gebühren zu senken, macht für einen Einfamilienhaushalt ungefähr 20 Franken und für einen Mieter mickrige 3 Franken aus. Anstatt die Gebühren zu senken, sollten eher die Leistungen ausgebaut werden. Ich denke da an das Einsammeln von Kunststoffsammelsäcken oder ev. sogar Elektroschrott, denn immer mehr Menschen sammeln Kunststoff oder Elektroschrott, müssen dann aber die Säcke oder die Gegenstände zum Werkhof oder in eine der Sammelstellen in Kölliken oder Hunzenschwil fahren, was ökologisch ja auch weniger Sinn macht.

Thomas Richner: Zum ersten Antrag habe ich gehört, dass es kostendeckend sein soll. Folgendes verstehe ich aber immer noch nicht: Wenn man einen internen Satz hat, ist der ja auch kostendeckend. Mit einem externen Satz kreiert man zusätzliche Einnahmen. Weshalb will man dann da jetzt den externen Satz anstelle des internen Satzes für die Kehrichtabfuhr verwenden? Bei den Gebühren habe ich gelernt, dass der Stadtrat zuständig sei. Im selben Reglement steht aber auch, dass bei einer Änderung der Preise oder Kosten um 10 % der Stadtrat die Gebühren anpasst. So haben wir im Jahr 2010 17 % mehr eingenommen, als notwendig gewesen wäre. Im Jahr 2013 waren es 13 %. Das sind klar Einnahmen, welche man für die Spezialfinanzierung beiseitelegt. Dort haben wir 2 Mio. Franken. Im letzten oder diesem Jahr gaben oder geben wir etwa 700'000 Franken aus. Im nächsten Jahr kaufen wir noch einmal einen Kehrichtwagen für 400'000 Franken. Dann haben wir immer noch 900'000 Franken, und zwar ohne den Überschuss vom laufenden Jahr. Ich ziehe die Anträge 2 und 3 zurück und

hoffe, dass der Stadtrat dann, wenn wieder 10 % mehr eingenommen wird, wirklich die Gebühren anpasst. Aber der erste Punkt, weshalb man die Finanzierung ändern will, ist mir noch nicht klar.

Regina Jäggi, Stadträtin: Laut Reglement muss das geändert werden. Das hat nicht der Stadtrat erfunden. Das WOSA-Reglement besteht und deshalb wurde dieser Punkt auf das laufende Jahr angepasst. Wenn die Leistungen des Werkhofes gleichzeitig durch Private erbracht werden könnten, also in einer Konkurrenz stehen würden, müssen diese Leistungen so verrechnet werden. Das ist so, wenn der Werkhof dieselben Sachen anbietet wie die Privatindustrie. Deshalb müssen diese Kosten jetzt extern verrechnet werden. Das hat man jetzt also dem WOSA-Reglement angepasst. Noch etwas zum Kunststoff: Extrem viele Menschen sammeln den jetzt, das stimmt. Man kann im Werkhof nach wie vor, und übrigens nicht nur dort, sondern auch bei einzelnen Poststellen, usw., Kunststoffsammelsäcke holen. Diese Abgabestellen stehen ja auch im Abfallkalender. Das hat sehr viel Anklang gefunden. Es hat recht viele Personen, welche die gefüllten Säcke dann bringen. Ich weiss, dass man es im Moment noch zum Werkhof bringen muss, aber vielleicht kann man das ja gleich mit einer anderen Abgabe im Werkhof verbinden. Ich nehme es aber einmal als weitere Idee entgegen, denn wir verfolgen ja immer, was wir noch verbessern könnten.

Thomas Richner: Ich will kein Drama machen wegen so wenig Geld, aber es erstaunt mich schon, dass man so etwas erst nach Jahren merkt. Vielleicht ist das ja im Zusammenhang mit Stabilo 2 passiert. Dann hoffen wir alle auf Stabilo 2. Ich ziehe den Abänderungsantrag 1 auch zurück und hoffe, dass die Hoffnung zuletzt stirbt.

Danièle Zatti Kuhn: Bei der Produktegruppe 73 liegen keine Wortmeldungen vor. Bevor wir zur Investitionsrechnung kommen, haben wir noch die beiden **Abänderungsanträge zur Lohnerhöhung der SVP-Fraktion** sowie der **FDP-Fraktion.**

Antrag SVP:
Auf die vorgesehene Lohnerhöhung für das Jahr 2015 von 1 % in der Kostenart 30, Personalaufwand, ist vollumfänglich zu verzichten, und entsprechend sind die dafür erforderlichen ca. Fr. 350'000.- (entspricht 1 % vom mit Fr. 35'192'000.- im Budget ausgewiesenen Personalaufwand) nicht zu bewilligen.

Antrag FDP:
In der Kostenart Personalaufwand wird die geplante pauschale Lohnerhöhung für das Jahr 2015 von 1 % auf 0,5 % reduziert.

Danièle Zatti Kuhn: Bei der Abstimmung werden wir zuerst diese beiden Abänderungsanträge einander gegenüberstellen. Der obsiegende geht dann in die Abstimmung gegen den stadträtlichen Antrag. Zuerst haben die Antragsteller das Wort.

Martina Suter: Ich wiederhole die Begründung, welche ich auf dem schriftlichen Antrag vermerkt habe. Eine Lohnerhöhung ist für uns im jetzigen Zeitpunkt und Umfeld nicht gerechtfertigt. Pauschale Lohnerhöhungen werden in der Regel ausgeschüttet, um eine steigende Teuerung auszugleichen. Das ist immer dann der Fall, wenn v.a. von linker Seite immer vorgebracht wird, die Teuerung sei gestiegen und das müsste weitergegeben werden. Die Teuerung ist nicht gestiegen, weshalb wir dem auch Rechnung tragen möchten. In diesem Fall müsste die Lohnerhöhung bei 0 % liegen. Wir möchten trotzdem dem Stadtrat einen Teilbe-

trag zur Verfügung stellen, um individuelle Lohnerhöhungen zu ermöglichen. Wir möchten das vorwiegend für tiefere Lohneinkommen möglich machen, denn bei einer pauschalen Lohnerhöhung von 1 % würden wiederum die Gutverdienenden profitieren.

Jürg Schmid: Der Antrag der FDP zielt grundsätzlich in die richtige Richtung. Vermutlich weist sie mit der Forderung lediglich auf Halbierung der Lohnerhöhung etwas mehr politisches Fingerspitzengefühl auf. Wie auch immer, es sind schlussendlich die Fakten, die uns zu unserem Entscheid für die Nachreichung eines Antrages auf einen kompletten Verzicht der Lohnerhöhung bewogen haben. Auch wir sind der Meinung, dass geleistete Arbeit gerecht entlohnt werden muss. Idealerweise wird mit der Lohnanpassung mindestens der Ausgleich der Kaufkraft sichergestellt. Ausserordentliche Leistungen können auch Anlass zu individuellen Erhöhungen geben. Grundvoraussetzung ist allerdings immer, dass genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die Erhöhung auch zu finanzieren. Mit einem für 2015 budgetierten Verlust ist dies nicht gegeben. Wie Sie bereits unserem Fraktionsvotum von diesem Jahr und auch vergangener Jahre entnehmen konnten, sind wir der festen Überzeugung, dass Aarau nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Diesem, bzw. den Ursachen davon, muss unter den gegebenen Voraussetzungen nun erst einmal auf den Grund gegangen werden, bevor weitere, zusätzliche Ausgaben beschlossen werden. Eine Nullrunde bei den Löhnen nächstes Jahr lässt sich aber auch sonst sehr gut begründen. Die Entwicklung der Konsumentenpreise in der Schweiz, verglichen mit den jeweils mit den Budgets bewilligten Lohnerhöhungen, zeigt seit 2007 folgendes Bild: Wahrscheinlich sehen es nicht alle, weshalb ich es kurz erkläre. Die grünen Balken sind die beschlossenen Lohnerhöhungen und die roten Balken ist die Veränderung bei der Teuerung, jeweils im selben Jahr. Jedes Jahr lag die Veränderung des Konsumentenpreisindexes unter der jeweils mit dem Budget bewilligten Lohnerhöhung. Die Differenz variiert zwischen 0,1 % im Jahr 2008 und 3,5 % im Jahr 2009. Für das aktuelle Jahr 2014 liegt diese Differenz voraussichtlich bei 0,9 % zu Gunsten der Arbeitnehmer. Kumuliert entsprechen die bewilligten Lohnerhöhungen über die gesamte Periode knapp 15 %. Ein Jahreseinkommen von 40'000 Franken Ende 2006 hat sich somit bis 2014 auf knapp 46'000 Franken erhöht. Die Chefbeamtin bzw. der Chefbeamte mit 140'000 Franken Bruttoeinkommen im 2006 hat heute gut 20'000 Franken mehr. In der gleichen Periode stieg der Konsumentenpreisindex kumuliert um 2,7 %. Den Effekt daraus seit 2007 seht ihr in der folgenden Graphik: Der rote Strich zeigt die Lohnentwicklung und der blaue Strich die Entwicklung der Teuerung im selben Zeitraum. Wir stellen also fest: Im Durchschnitt haben sich die Einkommen der Angestellten der Stadt Aarau seit 2007 real um rund 12 % erhöht. Im Vergleich zu dem vom Bundesamt für Statistik ausgewiesenen Durchschnittswert von 6,5 % für die Periode von 2007 – 2013, und da fehlt leider ein Jahr, sind diese 12 % ein Spitzenwert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Budget 2015 der Stadt Aarau lässt keine weiteren grosszügigen Gesten bei den Löhnen zu, wie das in der Vergangenheit praktiziert worden ist. Voraussichtlich werden auch im nächsten Jahr die Preise auf einem mit heute vergleichbaren Niveau verharren. Entsprechend kann, ja muss man sogar im Jahr 2015 auf eine Lohnerhöhung komplett verzichten.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich mache gerne ein paar Ausführungen zu diesem Thema. Ganz kurz möchte ich Ihnen erklären, wie der Stadtrat eigentlich diese Lohnerhöhungen bzw. -anpassungen beschliesst. Der Stadtrat legt im Mai provisorisch eine prozentuale Lohnanpassung fest. Dabei berücksichtigt er Kriterien wie Entwicklung der Lebenshaltungskosten, allgemeine wirtschaftliche Situation, die finanzielle Situation der Stadt Aarau, aber auch die Situation auf dem regionalen Personalmarkt. Er beurteilt die Indikatoren und legt aufgrund dieser einmal eine provisorische Summe fest. Diese Lohnerhöhung legt er bewusst eher etwas

grosszügiger fest, und zwar deshalb, weil er Ende Jahr, wenn er einen definitiven Entscheid fällt, diesen auf keinen Fall nach oben, sondern nur nach unten strecken kann. Der Stadtrat kann also nicht im Mai schon sagen, er denke an 0,5 % und im November wären es 1 %, denn er hat dann das Dach etwas vorgegeben. Aus diesem Grund legt man einen Spielraum fest, den man aber nicht unter allen Umständen ausschöpft. Im November wird definitiv entschieden, wie die Lohnanpassung sein soll. Es wird nicht nur darüber entschieden, sondern auch, wie die Aufteilung zwischen individueller und genereller Lohnerhöhung sein soll. Wenn der Stadtrat also im Mai von 1 % spricht, ist noch nicht bestimmt, wie viel von diesem einen Prozent generell und wie viel individuell sein soll. Das macht der Stadtrat erst im November. Dann wird die Situation noch einmal neu beurteilt. Seit 15 Jahren ist dieses neue Personalreglement mit seinem Lohnsystem in Kraft. Wenn man diese 15 Jahre anschaut, kann man feststellen, dass der Stadtrat in 5 von diesen 15 Jahren die budgetierte Lohnerhöhung gar nicht vollständig freigegeben hat. Er hat also nicht automatisch das, was er im Mai budgetiert hat, im November freigegeben, weil er eben noch einmal eine Neubeurteilung der vorher aufgezählten Punkte gemacht hat. Das ist ja dann fast ein halbes Jahr später. Deshalb wurden in 5 von 15 Jahren die im Mai provisorisch gesetzten Summen gar nicht vollständig ausgeschöpft. Der Einwohnerrat hat sich in diesen 15 Jahren zweimal selber eingebracht und auch gleich gesagt, man solle die Lohnerhöhung reduzieren. In diesen Fällen hat der Stadtrat natürlich die Lohnerhöhungen übernommen. Ob er sie selber genauso gemacht hätte oder noch tiefer gegangen wäre, sei dahingestellt. Das stand nicht mehr zur Diskussion, da der Einwohnerrat dann ja eigentlich die Summe festgesetzt hatte. Das ist das Vorgehen. Der Stadtrat hat in diesem Mai 1 % festgesetzt. Im November würde der Stadtrat die aktuelle Situation mit all den genannten Punkten wieder beurteilen. Er würde schauen, ob er bei diesem einen Prozent bleiben oder tiefer gehen solle. Nachher würde er festlegen, wieviel für die individuelle und wieviel für die generelle Lohnerhöhung einzusetzen wäre. Es wurde gesagt, dass wir ein Lohnsystem haben, welches auf Leistungslohn basiert. Das System impliziert, dass es einen Leistungsteil geben muss, welcher honoriert werden kann. Das wäre der sog. individuelle Teil. Wenn man auf die 15 Jahre schaut, dann hatte man nie 0 % Lohnerhöhung, sodass man gar nichts hätte geben können. Mit 0 % würde man das Lohnsystem im Grunde genommen aushebeln. Deshalb wäre eine Nullrunde sehr schwierig. Ich würde Ihnen empfehlen, und das ist auch der Antrag des Stadtrates, dass Sie den Entscheid, wie in 13 von diesen 15 Jahren, dem Stadtrat überlassen, damit er die Beurteilung wieder korrekt machen kann und die Summe gar nicht unbedingt ausschöpfen muss, wie er das ja eben auch gar nicht immer getan hat. Dann ist es ihm möglich, die Beurteilung so zu machen, dass er die Umstände, welche Sie vorhin sinnvoller- und richtigerweise auch ins Feld geführt haben, berücksichtigen kann. Der Stadtrat beantragt Ihnen, beide Abänderungsanträge abzulehnen und die bis jetzt vorherrschende Praxis dem Stadtrat zu überlassen, damit er im November entscheiden kann, ob es bei diesem einen Prozent bleibt, ob es hinuntergeht oder wie er es individuell oder generell verteilt. Zum Schluss vielleicht noch diese Bemerkung: In den letzten zwei Jahren hat es keine generelle Lohnerhöhung gegeben, weil man im einen Fall 1 % und im anderen 0,5 % einfach für individuelle Lohnerhöhungen gebraucht hat.

Lukas Häusermann: Sie sehen, dass ich nicht vorbereitet bin. Es gibt also sicher kein langes Votum. Ich möchte einfach noch schnell zu Protokoll geben, dass die CVP-Fraktion den Antrag der FDP unterstützen wird. Auch wir sind der Meinung, dass man jetzt nicht einfach so weiterfahren und den Lohn um 1 % erhöhen kann. Aber wir sehen auch die Argumente des Stadtrates, dass man jetzt nicht einfach eine Nullrunde machen kann.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Vorabstimmung über die Abänderungsanträge der SVP und der FDP zur Lohnerhöhung:

Antrag SVP	*0 % Lohnerhöhung*	11 Stimmen
Antrag FDP	*0,5 % Lohnerhöhung*	17 Stimmen

Der Antrag der FDP hat obsiegt.

Abstimmung über den Abänderungsantrag der FDP:

Antrag FDP	*0,5 % Lohnerhöhung*	24 Stimmen
Antrag Stadtrat	*1 % Lohnerhöhung*	26 Stimmen

Der Antrag der FDP wird **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir kommen nun zur Investitionsrechnung. Ich werde die dunkelgrünen Überschriften aufrufen. Wir starten auf der Seite 88. Es liegt ein Antrag der SVP, FDP und CVP zu den Investitionen in IT-Infrastruktur und Applikationen vor. Die einzelnen Anträge haben folgenden Wortlaut:

Antrag 1:
Die Investitionen für den Ersatz der Rechenzentrumsinfrastruktur (Z04.5.285, Fr. 500'000.-) sind aus dem Budget 2015 zu streichen und erst wieder einzusetzen, wenn die IT-Strategie nach Stabilo 2 feststeht.

Antrag 2:
Die Investitionen für den Ersatz der Netzwerkinfrastruktur (Z04.5.295, Fr. 200'000.-) sind aus dem Budget 2015 zu streichen und erst wieder einzusetzen, wenn die IT-Strategie nach Stabilo 2 feststeht.

Antrag 3:
Die Investitionen für die Info-IT-Security Phase II (Z04.5.645, Fr. 150'000.-) sind aus dem Budget 2015 zu streichen und erst wieder einzusetzen, wenn die IT-Strategie nach Stabilo 2 feststeht.

Antrag 4:
Die Investitionen für die Einführung der GEVER-Applikation (Z04.5.075, Fr. 600'000.-) sind aus dem Budget 2015 zu streichen und erst wieder einzusetzen, wenn die IT-Strategie nach Stabilo 2 feststeht.

Michel Meyer: Stellen Sie sich einmal folgende Situation vor: Sie nehmen sich vor, im nächsten Jahr Ihre Ausgaben genauer unter die Lupe zu nehmen mit dem Ziel, die Ausgaben zu reduzieren. Sie wissen, dass dies dringend notwendig ist, denn jährlich geben Sie mehr

Geld aus, als Sie einnehmen. Einer Ihrer wichtigsten Ausgabenposten ist Ihr Eigenheim. Obwohl Sie genau wissen, dass Sie im laufenden und in den folgenden Jahren die Kosten genauer anschauen wollen, beschliessen Sie schon in diesem Jahr aus einem reinen Bauchgefühl heraus, Geld für die Sanierung des Eigenheims einzuplanen. Wieso mache ich dieses Beispiel? Weil wir das hier jetzt genau so tun. Im Stabilo 2 will man die Produktegruppe 04, Informatik, mit dem Auftrag 7 genauer analysieren. Gleichzeitig haben wir aber mehrere Budgetposten im Jahre 2015, welche genau in der Basisinfrastruktur von IT geplant sind. Man schlägt also in dem Bereich, in welchem man noch Veränderungen vornehmen könnte, jetzt schon Pflöcke ein, indem man Investitionen ins Rechenzentrum, in die Netzwerkinfrastruktur und auch in Softwarelösungen macht. Aus meiner Sicht widerspricht das sogar dem Ziel des Stadtrates. Er selber schreibt nämlich auf Seite 2 des Politikplans 2014 – 2019: "Der Stadtrat erachtet es als nicht opportun, die Ergebnisse der Analysen vorwegzunehmen und damit zu übersteuern." Sind wir ehrlich: Wenn wir Budgetposten für Investitionen in die IT-Infrastruktur beschliessen, greifen wir genau den Entscheidungen der Analyse Nr. 7 vor, indem man beispielsweise eine Auslagerung dieser IT verunmöglicht. Deshalb sind die Investitionen gemäss der Konti, welche Sie im Antrag finden, aus dem Budget 2015 zu streichen und erst wieder ins Budget einzusetzen, wenn die IT-Strategie im Rahmen von Stabilo 2 analysiert worden ist. Es muss klar sein, in welche Richtung die IT-Strategie gehen soll. Ich muss an dieser Stelle sagen, dass mein Antrag jetzt nicht heisst, dass ich komplett gegen diese Investitionen bin. Ich muss aber anmerken, dass die Investitionen im Rahmen von GEVER Phase 1 sehr hoch sind. Ich kann das aus persönlicher Erfahrung sagen: Der Betrag von 2,4 Mio. Franken ist in Aarau für ungefähr 384 PC-Arbeitsplätze gedacht. Ich selber habe in einem Projekt gearbeitet mit einem ziemlich ähnlichen Ziel. Das Projekt hatte gesamthaft ein Budget von 4,5 Mio. Franken, aber das war für 4'500 PC-Arbeitsplätze. Sie sehen, wir sprechen hier von einem etwas anderen Volumen. An dieser Stelle sei aber auch gesagt, dass ich weiterhin in diesem Bereich arbeite, der sehr wichtig ist. Ich finde es eine sinnvolle Investition. Ich streite auch nicht ab, dass wir in dieses Rechnungszentrum und in die Netzwerkinfrastruktur investieren müssen. Aber es darf nicht sein, dass wir jetzt eine Analyse durchführen, Pflöcke einschlagen und nachher die Analyse zunichtemachen. Es wäre schade um das Geld für die Analyse. Je nach Resultat der Analyse wäre es schade um das Geld, welches man in dieses Rechnungszentrum und diese Netzwerkinfrastruktur investiert hätte. Ich würde mich freuen, wenn Sie meinen Anträgen folgen könnten.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Es hat sich im Vorfeld die Frage gestellt, ob wir als Einwohnerräte überhaupt über diese Frage abstimmen können, da wir diese bereits mit dem Budget 2014 oder 2013 angenommen haben. Deshalb gebe ich das Wort zur Begründung an den Stadtrat.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Wenn Sie auf den Seiten 88 und 89 diese Posten anschauen, sehen Sie tatsächlich, dass das Projekt GEVER vom Einwohnerrat mit dem Budget auf den 1.1.2012 bewilligt worden ist. Die anderen drei Posten wurden auf den 1.1.2013 bewilligt. Durch den Beschluss dieser Budgetposten vom Einwohnerrat hat er eigentlich laut Gemeindegesetz dem Stadtrat die Berechtigung gegeben, über diesen Kredit zu verfügen. Er kann den Kredit so etappieren, wie es dem Projekt entspricht. Das hat man so gemacht. Nach dem 1.1.2012 begann man natürlich, im Projekt GEVER zu arbeiten, denn der Kredit war ja vom Einwohnerrat gesprochen worden. Man hat begonnen, diese Projekte umzusetzen und zu vollziehen. Insofern ist es tatsächlich so, dass der Einwohnerrat, weil er schon einmal darüber abgestimmt und es gutgeheissen hat, das nicht noch einmal relativieren kann. Andernfalls hätte der Stadtrat ja bei keinem Geschäft eine Sicherheit, denn er müsste immer wieder be-

fürchten, dass ein neuer Antrag eingereicht würde mit dem Begehren, das angefangene Projekt jetzt wieder zu stoppen. Aber nichts desto trotz möchte ich dennoch in der Sache etwas zu diesen vier verschiedenen Anträgen sagen: GEVER will eine digitale Geschäftsverwaltungslösung umsetzen. Das ist ein ganz wichtiges Projekt, zu welchem wir schon sehr viele Vorarbeiten geleistet haben. Sie sehen ja auch, dass in diesem Jahr bereits ein Kredit enthalten ist. Mit den Vorarbeiten sind schon vorher begonnen worden. Man ist jetzt dort soweit, dass man mehr oder weniger diese Ausschreibungen machen und das Projekt wirklich, um die Geschäftsabläufe zu vereinfachen, umsetzen möchte. Es soll die ganze Qualität der Geschäftsabläufe schlussendlich verbessern. GEVER hat in diesem Sinne auch kein Zusammenhang mit Stabilo 2. Man kann sagen, dass es mit der IT-Überprüfung, bei welcher es darum geht, Kosteneinsparpotential auszumachen, nichts zu tun hat. Es ist innerhalb dieses Projektes auch nicht so angedacht, denn dabei geht es wirklich darum, das sog. Geschäftsverwaltungslösungsprogramm aufzuarbeiten. Das kann man also einmal auf der Seite lassen. Ich komme zu den anderen drei Anträgen betr. Rechenzentrum und Infrastruktur. Ich beginne mit dem Ersatz des bestehenden Servers. Es ist so, dass die Garantie des Servers im Jahre 2013 ausgelaufen ist. Man muss jetzt eine andere Lösung suchen, da die Wartungskosten stark gestiegen sind. Dort werden verschiedene Lösungen geprüft. Die gehen von Inhaus-Betrieb bis zur Auslagerung. Das generiert natürlich so oder so Kosten. Soviel zu diesem Projekt. Beim Ersatz der Netzwerkkomponenten geht es darum, dass sie bereits fünf Jahre alt sind. Gewisse Geräte im Bereich Sicherheit, z. B. Firewall, müssen ersetzt werden. Auch hier geht es darum, ob man das auslagern oder sie selber ersetzen will. Diese Fragen sind im Moment alle in Abklärung. Beim dritten, dem Security-Projekt, ist es auch so, dass bei einer Nichtumsetzung dieser Massnahmen die Gefahr bestünde, gewisse Risiken nicht abdecken zu können. Natürlich kann man sagen, dass ausser GEVER die anderen drei Anträge doch auch etwas mit dem Stabilo-Auftrag zur Überprüfung von IT zu tun hätten, obwohl das aufgrund fachlicher Überlegungen jetzt nicht so scheint. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir jetzt in einer Phase sind, in welcher wir einen ersten provisorischen Berichtsentwurf von Stabilo 2 in Bezug auf die IT haben. Dieser wird jetzt noch überarbeitet und sollte bis Ende Jahr definitiv vorliegen. Diese Fragen, welche Sie hier aufwerfen, nehmen wir so oder so mit hinein. Wenn es solche Aspekte hat, ist für den Stadtrat ganz klar, dass man es mit diesem Projekt jetzt so einfädelt, dass man nicht, wie Sie am Anfang ausgeführt haben, eine unsinnige Investition tätigt, welche nachher unter dem Aspekt von Stabilo 2 gar keinen Sinn machen würde. Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass es im Moment nicht unbedingt so aussieht, als hätten sie direkt eine Auswirkung auf das Projekt. Der Stadtrat möchte die von Ihnen aufgeführten Punkte aber dennoch so mitnehmen. Ich bin in dieses Projekt auch involviert. Wenn es solche Schnittstellen gibt, wollen wir diese klären und schauen, dass sie kompatibel mit Stabilo 2 sind. Bei GEVER ist es so, dass dieses Projekt schon so weit fortgeschritten ist und ganz sicher nichts damit zu tun hat. Man sollte es jetzt also eigentlich auch so laufen lassen können, denn es warten alle darauf, dass die Geschäftsabläufe optimiert werden können. Diese Ausführungen wollte ich machen, um nicht einfach zu sagen, es gehe nicht, sondern um zu sagen, dass der Stadtrat diese Prozesse dennoch so verfolgen und im Auge behalten wird.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir werden also nicht über diesen Antrag abstimmen. Wird das Wort trotzdem noch gewünscht?

Michel Meyer: Ich bin jetzt schon arg überrumpelt, dass man einfach vor vollendete Tatsachen gestellt und nicht darüber abgestimmt wird. Nebst dem habe ich diese Begehren nicht nur von mir aus eingereicht, sondern auch mit den Kollegen der CVP und der SVP. Deshalb

würde ich das gerne noch kurz besprechen. Ich stelle den **Ordnungsantrag** auf kurze Unterbrechung der Sitzung.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Eine Mehrheit stimmt diesem Ordnungsantrag zu. Wir unterbrechen somit die Sitzung für ungefähr 10 Minuten.

Michel Meyer: Ich bin leider von all dem etwas überrascht worden. Ich bin aber ganz ehrlich auch etwas von den Aussagen unserer Stadtpräsidentin überrascht worden. Es ist mir ein Rätsel, was man mit Stabilo 2 dann eigentlich in der IT noch anschauen wollte. Wir haben in der IT drei grosse Kostenbrocken: Infrastruktur mit der Rechenzentrums-Netzwerkinfrastruktur und im kleineren Rahmen natürlich auch den PC-Arbeitsplätzen, Software mit der Entwicklung und Lizenzierung, wobei wir hier auch noch die Wartung und den Unterhalt der Netzwerkinfrastruktur reinnehmen können, und wir haben das Personal. Wenn also jetzt die Aussage ist, dass das Rechnungszentrum und die Netzwerkinfrastruktur erst auf diesen gestellten Antrag hin im Rahmen von Stabilo 2 etwas anschaut wird, dann muss ich mich fragen, was wir dann effektiv noch zum Anschauen haben. Nach den Abklärungen ist aber klar, dass wir die Anträge so nicht stellen können. Entsprechend ziehen wir die Anträge zurück, aber wir nehmen alle ganz klar die Stadtpräsidentin beim Wort, dass man diese Kostenpunkte auch im Rahmen von Stabilo 2 anschauen wird.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich nehme das so an und gebe hier auch mein Ehrenwort bzw. habe es vorhin schon gegeben, dass ich das in diesem Sinne mitnehme. Es soll hier nichts ausgelöst werden, von dem man nachher sagen muss, das hätte im Rahmen von Stabilo 2 anders eingefädelt werden müssen. Dieses Versprechen gebe ich hier.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir machen weiter bei der Debatte zur Investitionsrechnung. Beim Punkt 6, Stadtentwicklung/Bauwesen, liegt ein **Streichungsantrag von der CVP, der FDP und der SVP** vor. Dazu liegt als Kompromiss ein **Antrag von Oliver Bachmann** vor.

Antrag CVP, FDP und SVP:
Der im Investitionsbudget unter der Kontonummer F60.5.025 vorgesehene Kredit von Total Fr. 700'000.- für die Arealentwicklung Kaserne sei zu streichen.

Kompromiss-Antrag von Oliver Bachmann:
Der im Investitionsbudget unter der Kontonummer F60.5.025 vorgesehene Kredit von Total Fr. 700'000.- für die Arealentwicklung Kaserne ist mit einem Stern zu versehen, so dass nur darüber verfügt werden kann, wenn der Einwohnerrat den entsprechenden Verpflichtungskredit gutheisst.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wenn der Kompromissantrag ein Verfahrensantrag ist, werde ich zuerst über ihn abstimmen lassen und anschliessend über die Streichung.

Oliver Bachmann: Das Kasernenareal ist eines der wichtigsten Entwicklungsgebiete der Stadt Aarau. Mit einer zivilen Nutzung kann die Achse Bahnhof-City Märt-Altstadt zu einer urbanen Innenstadt wachsen. Darin ist sich der Einwohnerrat grossmehrheitlich einig und hat dem Stadtrat daher per Motion den Auftrag gegeben, sich aktiv der Entwicklung des Areals anzunehmen. Oft geht auch vergessen, dass durch eine geeignete Entwicklung des Areals das Steuersubstrat der Stadt erhöht werden kann, was auch der Diskussion hier im Saal zuträglich

wird. Nun möchte die CVP den dafür vorgesehenen Kredit aus dem Budget streichen. Wir haben grosses Verständnis dafür, dass die CVP unglücklich darüber ist, wenn im Rahmen des Budgets ganze 700'000 Franken bewilligt werden sollen, ohne dass der Einwohnerrat die Details zum Projekt kennt und über die Ausführung bestimmen kann. In diesem Sinne also auch ein Dank an die CVP, welche dieses Thema hier eingebracht hat. Trotzdem halten wir die Streichung des Antrags für einen falschen Ansatz. "Das Kind mit dem Bade ausschütten", kann man so etwas sprichwörtlich nennen. Obwohl man eigentlich heute nur diesen Kredit noch nicht sprechen will, sendet der Einwohnerrat mit einem solchen Entscheid ein äusserst negatives Signal an die Projektpartner, insbesondere an den Kanton. Das kommt sicher nicht gut an. Wir sind aber auf den Goodwill dieser Projektpartner, welche ja Landeigentümer sind, sehr stark angewiesen. Um über diesen Kredit befinden zu können, reicht es, wenn wir den betreffenden Kredit heute mit einem Stern versehen, so dass nur darüber verfügt werden kann, wenn der Einwohnerrat dem Verpflichtungskredit zustimmt. Damit haben wir die Möglichkeit, unter konkreter Kenntnis der Botschaft und der Zahlen entscheiden zu können. Heute würden wir eine Entwicklung möglicherweise blind abwürgen. Ich stelle daher den genannten Kompromissantrag. Ich bitte Sie, diesen lösungsorientierten Kompromissantrag zu unterstützen, den Entscheid dem Einwohnerrat zu übergeben und bezüglich Kredit die Botschaft des Stadtrats abzuwarten.

Lukas Häusermann: Bei diesem Antrag geht es nicht um das Kasernenareal an sich, sondern darum, ein Planungsmonster zu verhindern. Ich glaube, das ist der wichtigste Satz bei diesem Streichungsantrag. Es geht nicht um Militär Ja oder Nein, sondern darum, wie die Entwicklungsstrategie zum Kasernenareal aufgegleist wird. Wir sind der Meinung, dass ein Blankocheck über 700'000 Franken mit dem Budget der falsche Weg sei. Wofür wird dieses Geld gebraucht? Damit die Strategie kein teurer Papiertiger wird, muss sie politisch breit abgestützt sein. Entsprechend ist der Einwohnerrat auch früh in die Entwicklung einzubinden. Wir wollen keine Machbarkeitsstudien und Architekturwettbewerbe, bevor nicht klar ist, ob Büroräume, eine Schule oder Wohnungen gebaut werden sollen und wer dann schlussendlich dort als Bauherr auftritt. Für diese Fragen braucht es eben keine Wettbewerbe, sondern Entscheidungen von Stadt und Kanton. Um diese Entscheidungen vorzubereiten, reicht aus unserer Sicht der in der Motion genannte Betrag von 50'000 Franken völlig. Mit der Stadtentwicklung stehen ja sogar noch interne Ressourcen zur Verfügung, welche für genau solche Arbeiten da sind. Es braucht also keine externen Planer, sondern eine Priorisierung der Stadtentwicklungsaufgaben. Mit der Botschaft zur Beantwortung der Motion kann dann immer noch ein Kredit für das weitere Vorgehen beantragt werden. Dann wissen wir zumindest auch, wofür das Geld ausgeben werden soll. Dort stellt sich genau die Frage, was denn der Unterschied zum Kompromissantrag bezüglich Sternchen ist: Wenn wir sagen, wir hätten jetzt z. B. 700'000 Franken, dann stehen diese bereits im Budget. Wir sind der Meinung, dass dieser Betrag sicher zu hoch ist. Der zweite Punkt ist der, dass wir jetzt nicht dem Kanton sagen wollen, wir seien zu allem bereit. Für uns ist das Kasernenareal sehr wichtig, aber der Kanton soll durchaus auch seine Rolle spielen. Da sind aber noch zu viele Fragen offen, als dass man jetzt diesen Budgetposten einfach so durchgehen lassen könnte. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unseres Antrages.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich nehme gerne zu diesem Streichungsantrag Stellung. Es ist nachvollziehbar, dass der Einwohnerrat, bevor er so grosse Kosten auslöst, genau wissen möchte, was eigentlich passiert, was das weitere Vorgehen ist und wie der Terminplan aussieht. Deshalb ist es auch klar, dass der Stadtrat mit einer Botschaft an den Einwohnerrat gelangen muss, in welcher der Einwohnerrat die Fakten und Details erhält, damit er gestützt

darauf entscheiden kann. Sie sagen jetzt, dass das in der Investitionsrechnung gar nicht so abgebildet sei. Das stimmt. Das berühmte "Sternchen", welches vorhin erwähnt wurde, ist hier nicht gesetzt. Einerseits könnte man sagen, es sei vergessen gegangen, anderseits könnte man auch sagen, dass der Einwohnerrat eine Motion überwiesen habe und jede überwiesene Motion mit einem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat beantwortet werde. Das hätten wir so oder so gemacht. In diesem Sinne kann ich aber sagen, dass es sicher geschickter gewesen wäre, wenn man ein Sternchen gemacht hätte. Aus den vorhergehenden Voten stellte sich die Frage, wann denn der Zeitpunkt sei, um dieses Geschäft im Einwohnerrat zu behandeln. Der Stadtrat befand, dass er mit diesem Geschäft erst in den Einwohnerrat kommen könne, wenn er Aussagen dazu machen kann, wie diese Entwicklung angedacht werde und wie man vorgehen möchte. Es nützt natürlich nichts, dass die Stadt Aarau das einfach alleine tut, denn wir haben im Kasernenareal gar kein Grundeigentum. Das bedeutet, dass wir auf unseren Partner, also vor allem den Kanton, angewiesen sind. So war es für den Stadtrat klar, dass er zuerst mit dem Kanton überhaupt ins Gespräch kommen und schauen muss, ob man sich mit ähnlichen Vorstellungen über das Entwicklungsvorgehen beim Kasernenareal finden kann. Dies betrifft die Projektorganisation, die Kostenverteilung, den Ablauf der verschiedenen Phasen, den Zeitplan, das Vorhandensein gewisser Aussagen betr. Arealöffnung im Jahre 2018, die Phase bis zum Auslaufen des Waffenvertrags im Jahre 2030, usw. Es gibt also ganz viele Fragen zu klären. Der Stadtrat war der Meinung, dass er im Vorfeld gewisse Fragen klären möchte, bevor er mit diesem Geschäft in den Einwohnerrat kommt. In einer ersten Phase hat man sich tatsächlich schon einmal getroffen. An dieser Sitzung waren alle Departemente des Kantons vertreten. Man hat überhaupt einmal miteinander ausgetauscht, welche Vorstellungen existieren. Man merkte, dass es eigentlich möglich wäre, sich in der Frage der Arealentwicklung zu finden. Gewisse Informationen und Positionen wurden ausgetauscht. Es wurde abgemacht, dass alle diese Sachen einmal intern diskutiert werden sollen und man sich dann im Dezember noch einmal trifft, um zu schauen, ob das alles übereinstimmt. Wenn dem so ist, versucht man, eine Grundsatzvereinbarung abzuschliessen. In dieser Grundsatzvereinbarung werden verschiedene Sachen geklärt, so z. B. die Rahmenbedingungen, die Bedürfnisse des Grundeigentümers, die Projektorganisation oder die Form der Planungskostenaufteilung. Geklärt wird auch, wie man die Öffentlichkeit einbeziehen soll oder was eine "sukzessive Öffnung" in den Jahren 2018-2030 heisst. Irgendwann einmal muss das dann ja auch in eine Nutzungs- und Gestaltungsplanung einfliessen. Das hat der Stadtrat hier einfach einmal etwas abgebildet. Das Verwirrende daran war wohl, dass der Einwohnerrat der Meinung war, es sei jetzt zu 700'000 Franken aufgeblasen worden, was er für 50'000 Franken hätte haben wollen. Die Tatsache ist aber, dass der Stadtrat jetzt für die internen Vorarbeiten keine Kosten ausgeben musste. Zusammen denken wir aber bereits weiter. Der Stadtrat möchte, wenn diese Grundsatzvereinbarung zustande kommt und die wichtigsten Punkte der Planung einmal definiert werden können, mit diesem Geschäft in den Einwohnerrat kommen. Zu diesem Zeitpunkt kann konkret gesagt werden, wie die Projektorganisation mit welchen Phasen aussieht und welche Kosten das generiert. Wenn der Grundeigentümer da nicht mitmacht, können wir noch lange sagen, was wir ungefähr möchten und wie wir es gerne hätten. So war es eigentlich angedacht. Deshalb wäre der Stadtrat voraussichtlich im nächsten Spätfrühling mit diesem Geschäft in den Einwohnerrat gekommen. Der Stadtrat möchte auch jetzt noch genau das tun. Deshalb möchte er beliebt machen, dass ein Stern gemacht wird, wie das zu einem Kredit im Investitionsprogramm üblich ist. Der Stern heisst ja, dass das Geld erst freigegeben werden kann, wenn der Einwohnerrat Ja dazu sagt. Ich mache ein Beispiel mit der Zurlindenvilla: Ich weiss noch, dass jemand in der FGPK gefragt hat, was denn mit dieser Zurlindenvilla sei. 3,8 Mio. Franken seien viel. Ich habe damals gesagt, dass bei diesem Projekt ein Sternchen stehe. Dann kann der Einwohnerrat sagen, ob er bereit ist, das Geld zu investieren oder nicht. Mit

diesem Sternchen hat der Einwohnerrat diesen Betrag eine Art blockiert. Ich nehme an, dass deshalb auch niemand mehr heute Abend etwas zu dieser Zurlindenvilla gesagt hat, auch wenn es wahnsinnig viel Geld ist. Aber Sie wussten, dass dieses Geschäft irgendeinmal kommen wird. Dasselbe ist jetzt hier beim Kasernenareal. Wenn Sie einen Stern machen, dann gibt der Stadtrat von diesem Geld rein gar nichts aus, bis das Geschäft dem Einwohnerrat vorgelegen hat. Es ist eben nicht dasselbe, ob man es jetzt streicht und denkt, man werde es irgendwann einmal wieder reinnehmen oder ob man einfach einen Stern macht. Wenn man es streicht, gibt man tatsächlich nach aussen ein Signal, dass man es eben wirklich streicht. In den letzten Monaten hat die Stadt immer wieder gegenüber dem Kanton und dem Bund auf die Bedeutung des Areals hingewiesen und gesagt, man möchte es entwickeln. Jetzt sind wir eigentlich an einem Punkt, wo wir die Zusammenarbeit definieren können. Nun wäre es eigentlich auch gut zu sagen, dass der Einwohnerrat noch mehr wissen möchte, was auch jeder verstehen wird. Das Geld wäre noch nicht freigegeben, aber der Stadtrat kann die konkreten Schritte machen, damit der Einwohnerrat nachher auch weiss, was Sache ist und worüber er abstimmt. Im letzten Moment ist noch ein Kompromissvorschlag eingereicht worden. Wenn der nicht gekommen wäre, hätte der Stadtrat von sich aus beantragt, diesen Betrag mit einem Stern zu blockieren. Wenn das Geschäft vorliegt, kann so auch jederzeit gesagt werden, dass es aufgrund der Ausführungen zu teuer sei und man auf tiefere Kosten kommen müsse. Das kann nachher alles noch besprochen werden. Jetzt soll gesagt werden, dass man die Planung so eingehen und nachher den Einwohnerrat miteinbeziehen will. Lukas Häusermann hat vorhin gesagt, es seien noch viele Fragen offen. Man kenne auch die Rolle des Kantons noch nicht. Diese Fragen möchte der Stadtrat jetzt eben in dieser kooperativen Aufgabe, welche miteinander aufgebaut worden ist, noch klären. Deshalb stellt der Stadtrat von sich aus den Antrag, bei diesem Geschäft einen Stern anzufügen. Das heisst: keine Freigabe der Mittel, bis der Einwohnerrat eine Botschaft hatte.

Martina Suter: Da wir zusammen mit der CVP und der SVP auch Mitunterzeichnende des Antrags sind, möchte ich einfach schnell zwei Bemerkungen machen: Einerseits schätzen wir sehr, dass auch seitens des Stadtrates gesagt werden kann, dass ihm da etwas untergegangen ist und er das Sternchen vergessen hat, denn sonst wäre es sehr speziell, dass ein solcher Riesenbetrag einfach so kommen würde. Andererseits möchten wir diesen Antrag, den Lukas Häusermann da vorgestellt hat, nach wie vor unterstützen, und zwar auch, wie er es gesagt hat, um ein Zeichen zu setzen. Ich denke nicht, dass der Kanton dann gleich meint, wir seien nicht dafür, denn grundsätzlich halten wir daran fest und möchten diese Arealentwicklung.

Jürg Schmid: Ich möchte auch noch kurz als mitunterzeichnende Fraktion zwei oder drei Worte dazu abgeben: Wenn Bauprojekte budgetiert werden, verfügt man über gewisse Erfahrungswerte. Da hat man eine gewisse Genauigkeit im Plus- oder Minusbereich und kann diese mit Ziffern versehen. Hier wird von Analysen und strategisch-visionären Sachen gesprochen. So, wie ich gehört habe, kann heute auch noch nicht gesagt werden, was man dann wirklich damit anschauen will. Heute 700'000 Franken vorzusehen, finde ich wirklich ein ganz schlechtes Präjudiz, welches man hier schafft. Ich mag mich erinnern, und bitte korrigieren Sie mich, dass die FuSTA Rohr bei den Investitionen einfach genannt worden war, aber dahinter kein Betrag stand. Die Begründung war, dass man eben nicht genau wisse, wie hoch die Kosten dann sein würden. In diesem Sinne werden wir auch bei unserem Abänderungsantrag bleiben.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich möchte nur noch einmal kurz darauf hinweisen, dass es ein sehr komplexes Projekt bei einem grossen Areals ist, welches über viele Jahre mit den

richtigen Schritten entwickelt werden sollte. Es soll eben gerade kein Planungsmonster geben. Wir wollen etappiert und sinnvoll vorgehen. Deshalb hat es der Stadtrat so eingestellt. Der Vergleich mit der Hinteren Bahnhofstrasse kann gemacht werden: Dort ist eine Planungsstudie gemacht worden, welche 750'000 Franken kostete. Natürlich tönt das wahnsinnig, aber hier ist man der Meinung, dass man dann bis zur Sondernutzungsplanung alles hätte. Ob man es dann genauso macht, sagt ja dann der Einwohnerrat noch. Aber der Stadtrat möchte aufzeigen können, was jetzt all diese Schritte sind. Wie gesagt, der Stadtrat will den Kanton auch finanziell ins Boot holen. Es soll in diesem Sinne ein Geben und Nehmen sein. Es wäre wirklich ein gutes Zeichen, wenn der Einwohnerrat sagen würde, man lasse es drin, aber es komme ein Sternchen dazu.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir werden zuerst über den Kompromissantrag abstimmen und danach über den Streichungsantrag. Wir stellen die beiden Anträge nicht einander gegenüber.

Lukas Häusermann: Anscheinend scheint nicht nur bei uns in der hinteren Reihe, sondern auch hier vorne nicht ganz klar zu sein, wie das Abstimmungsverfahren läuft. Werden jetzt zuerst die beiden Anträge einander gegenübergestellt und der obsiegende kommt dann ins Budget, oder wird jetzt nur über den Antrag der SP abgestimmt? Falls wir diesen ablehnen, wird dann allenfalls noch über den Streichungsantrag abgestimmt? Es ist mir nicht ganz klar und ich bitte um Erklärung.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Es liegen zwei Anträge vor, welche nicht einheitlich in der Materie sind. Deshalb werden wir zuerst über den einen abstimmen. Dieser Kredit geht dann mit oder ohne Sternchen weiter. Anschliessend kommt der Streichungsantrag mit den 700'000 Franken. Entweder sind dann die 700'000 Franken gestrichen oder nicht und sie haben ein Sternchen oder nicht. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Kompromiss-Antrag von Oliver Bachmann:

Der Kompromiss-Antrag von Oliver Bachmann wird mit 46 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen **gutgeheissen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit wird dieser Kredit mit einem Sternchen versehen. Es geht nun darum, ob dieser Kredit gestrichen werden soll. Wir kommen nun zur

Abstimmung über den Streichungsantrag der CVP, FDP und SVP:

Der Streichungsantrag der CVP, FDP und SVP wird mit 27 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir machen weiter mit der Investitionsrechnung. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Ausmarchung des Steuerfusses. Es liegt ein **Abänderungsantrag der FGPK** vor. Dieser ist bereits begründet worden.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich möchte nur ganz kurz wiederholen, was ich eingangs gesagt habe: Der Stadtrat hat in Bezug auf das Sparpotential auf Stabilo 2 verwiesen. Genau dieselben Überlegungen hat er in Bezug auf den Steuerfuss gemacht. Er möchte wirklich davon absehen, jetzt isoliert den Steuerfuss zu ändern. Als viel wichtiger schaut der Stadtrat aber an, dass die Bevölkerung das alleine so wenig wie das letzte Mal verstehen wird. Wenn man es einfach wirklich nicht herleiten, begründen oder in einen grösseren Zusammenhang einbetten kann, wie man es allenfalls machen würde, wenn man es ev. auf das Jahr 2016 hin andenken würde, hätte die Bevölkerung sicher kein Verständnis dafür. Das fände der Stadtrat sehr schade, denn er möchte das nachher lieber umsichtig vorbereiten, wenn das allenfalls für das Jahr 2016 in Frage käme, wie das bereits mehrere Male vorgestellt worden ist. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Stadtrat, den Steuerfuss von 94 % gutzuheissen und den Antrag auf Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir stellen den Antrag des Stadtrates mit einem Steuerfuss von 94 % dem Antrag der FGPK mit einem Steuerfuss von 100 % gegenüber. Mit dem obsiegenden Steuerfuss gehen wir dann in die Budgetschlussabstimmung.

Susanne Heuberger: Der Steuerfuss ist eigentlich das wichtigste Kriterium für den Stimmbürger, wenn er über dieses Budget an der Urne entscheidet. Ich finde es ganz wichtig, dass es transparent ist, wer wie stimmt. Aus diesem Grund stelle ich, gestützt auf § 21 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates den **Ordnungsantrag**, diese Abstimmung offen und **unter Namensaufruf** durchzuführt.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Ordnungsantrag auf Abstimmung unter Namensaufruf:

(§ 21 Geschäftsreglement des Einwohnerrates: Ein Viertel der Anwesenden kann verlangen, dass die Abstimmung unter Namensaufruf oder geheim stattfindet. Bei 50 Anwesenden beträgt das Quorum 13 Stimmen)

Der Ordnungsantrag auf Abstimmung unter Namensaufruf wird mit 20 Ja-Stimmen **gutgeheissen.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir werden diese Abstimmung also unter Namensaufruf durchführen. Ich werde alphabetisch vorgehen.

Name	Steuerfuss 94 %	Steuerfuss 100 %	Enthaltung
Bachmann Marc		x	
Bachmann Oliver		x	
Belser Gisi Esther			x
Berthet Gérald		x	
Bonorand Marc Alain	x		
Bugmann Oelhafen Irene			x
Burger Simon	x		
Dell'Aquila Silvia		x	
Dietiker Therese			x

Dörig Andrea		x	
Dubs Christian	x		
Fischer Ulrich			x
Fügli Hans		x	
Hächler Thomas		x	
Haskaya Hüseyin		x	
Haueter Michael			x
Häusermann Lukas	x		
Hertig Ueli			x
Heuberger Susanna	x		
Hunziker Lelia		x	
Hutmacher Markus		x	
Jann Peter		x	
Knörr-Gloor Susanne	x		
Krättli Beat	x		
Lüscher Antonia		x	
Lüscher Rainer	x		
Meier Markus	x		
Meyer Michel	x		
Müller Olivia	x		
Oehler Christian	x		
Oeschger Christoph	x		
Ohnsorg Matter Petra		x	
Richner Thomas	x		
Roschi Peter	x		
Schaffner Wicki Eva		x	
Schäli Christian		x	
Schmid Jürg	x		
Schönberg von Arx Barbara	x		
Siegenthaler Daniel		x	
Siegrist Micha		x	
Stüssi Margrit	x		
Suter Gabriela		x	
Suter Heinz	x		
Suter Martina	x		
Taddei Libero	x		
Umbricht Alexander		x	
Urech-Eckert Barbara	x		
Waldmeier Christoph			x
Zatti Kuhn Danièle	x		
Zaugg Stephan	x		
Total	24	19	7

Der Antrag der FGPK wird **abgelehnt.**

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit einem Steuerfuss von 94 % und allen beschlossenen Änderungen kommen wir nun zu den

Schlussabstimmungen über das Budget 2015

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Das Budget 2015 der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktegruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktegruppe 42 wird in "KJFI - Kind, Jugend, Familie, Integration" umbenannt unter gleichzeitiger entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zur Detailberatung des Politikplans 2014 – 2019. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst mit 49 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Politikplan der Einwohnergemeinde Aarau für die Jahre 2014 – 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Damit mache ich mein Versprechen wahr, und wir brechen die Sitzung für heute ab. Die verbleibenden zwei Geschäfte werden wir an der nächsten Sitzung beraten. Diese findet bereits am 10. November 2014 statt. Vielen Dank für das emotionale, engagierte Mitdiskutieren. Ich wünsche allen einen guten Heimweg und eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung: 23.40 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU
Die Präsidentin:

Danièle Zatti Kuhn

Der Protokollführer:

Stefan Berner